dieBasis
Bezirksverband Berlin-Pankow

Wahlprogramm

Vorwort

Als erstes vorweg dieses Wahlprogramm enthält alle Punkte des Wahlprogrammes der Partei dieBasis es ist nur um eigene Punkte erweitert worden.

Dieses Wahlprogramm soll gemeinsam mit euch Menschen umgesetzt werden, dazu lade ich Euch recht herzlich in unseren AG`s und Fachausschüsse ein um an der Ausarbeitung und Umsetzung dieser hier im Wahlprogramm genannten Punkte mitzuwirken.

Die hier im Wahlprogramm aufgeführten Punkte müssen nicht zu 100 % umgesetzt werden, sondern stellen Anregungspunkte dar. Die endgültige Umsetzung entscheidet der Schwarm also Wir alle.

Man muss kein Mitglied sein um an diesen AG`s und Fachausschüssen mitwirken zu können, im Gegenteil Wir freuen uns um jeden der mitwirken will, um die Welt ein wenig erträglicher und besser zu machen.

Es sind nicht alle hier aufgeführten Punkte nur für das Land gültig, sondern hier sind auch Punkte aufgeführt, die auf Bundesebene bzw. BVV Ebene gelten.

Diese Punkte werde ich aber selbstverständlich weiterleiten an die zuständigen Personen und selbst an der Lösung mitwirken.

Auch dort gilt die Teilnahme an den AG`s und Fachausschüssen von Euch ist erwünscht.

Der Staat sollte als Abfangstation da sein, um Menschen aufzufangen, die in Not geraten sind und nicht die Menschen in Not bringen.

Warum also dieBasis wählen?

Das ist eine berechtigte Frage!

Gegenfrage warum die Linke wählen die Forderungen stellt während der Pandemie für Hartz 4 Empfänger 100 Euro mehr zu zahlen so weit so gut, aber Ihre Forderung steht im Wahlprogramm und dieses Wahlprogramm beinhaltet Punkte, die erst nach der Wahl also nach dem 12 Februar umgesetzt werden sollen. Die Linke geht also davon aus das die Plandemie weiterbesteht und somit natürlich auch der Grundrechteentzug!

Die Altparteien fordern alle Punkte, die die Stadt entlasten, Wir fordern die Entlastung der Menschen und nicht der Stadt es geht um uns Menschen und nicht um die Stadt und deshalb sind die Altparteien allesamt nicht wählbar.

Auch schreiben die Altparteien in jedem Wahljahr die gleichen Ziele in ihr Wahlprogramm. Wann erreichen diese endlich mal Ihr Ziel?

Statt das die Wahlprogramme kleiner werden, weil Ziele erreicht wurden, werden diese immer größer, weil immer mehr und mehr Ziele nicht erreicht werden. Welcher Altpartei soll man da noch glauben, wenn nur leere Versprechungen gemacht werden. Diese Parteien sind schon lange nicht mehr wählbar!

Deshalb getragen von der Überzeugung, dass der politische Wille der Bürgerinnen und Bürger endlich unmittelbar in den Parlamenten zum Ausdruck gebracht werden muss, wurde am 4. Juli 2020 die Basisdemokratische Partei Deutschland gegründet.

Für die Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) gilt gegenüber den Wählerinnen und Wählern der Grundsatz:

Mit Ihrer Stimme für die Basisdemokratische Partei Deutschland, geben Sie Ihre Stimme nicht für eine Wahlperiode ab, sondern behalten sie.

Als Basisdemokratische Partei Deutschland sind wir eine Mitmach-Partei.

Ganz im Sinne von Basisdemokratie haben die Mitglieder von dieBasis durch Mitwirken in Fachausschüssen und Arbeitsgruppen, sowie durch zahlreiche Abstimmungen im Verfahren des Systemischen Konsensierens den Inhalt der Forderungen dieses Wahlprogrammes bestimmt.

Liebe Erstwähler, wie Ihr sicher schon bemerkt habt werden wir hier in unserer Demokratie ganz schön eingeengt, so dass wir gar nicht mehr wirklich von Demokratie reden können.

Um wie früher Leben zu können kommt Ihr gar nicht drum herum eine Partei zu wählen die noch nicht über die 5% Hürde gekommen ist. Da bietet es sich natürlich an dieBasis zu wählen, denn wir haben einen regen Zulauf und haben bereits nach einem Jahr als Partei 35000 Mitglieder.

Das liegt daran das dieBasis genau das will was die Menschen wollen, nämlich unsere Rechte unsere Freiheit und unsere freie Entscheidungskompetenz zurück.

Wir wollen natürlich auch für Eure Ausbildung sorgen und für Euch bezahlbare Wohnungen, denn ich weiß wie ich in dem Alter war, da wollte ich unbedingt eine eigene Wohnung mit meiner Freundin zusammen haben.

Dies könnt Ihr mit den Altparteien aber nicht verwirklichen. Lest gerne mein Wahlprogramm durch, auch wenn es etwas langweilig und langwierig ist dies zu lesen, aber vielleicht spricht es Euch an und wenn nicht teilt mir dies bitte mit. Ich bin für jede Hilfe und Anregung dankbar.

Wir richten uns auch ganz gezielt an Euch Nichtwähler.

die Basis
Bezirksverband Berlin-Pankow

Liebe Migranten kommt gerne zu uns Ihr seid herzlich Willkommen gestaltet unser und Euer neues Zuhause, damit Ihr Euch hier wohlfühlt.

Liebe religiöse Bürger, ich weiß die CDU und CSU sind für Euch nicht mehr wählbar, sie haben das eigentliche Gedankengut eine religiöse Partei zu sein, längst verloren, hier bei uns sind sehr viele religiöse Menschen wie Pfarrer, Kirchengemeinden und Pastoren eingetreten, weil Sie sich von uns allen gehört fühlen. Komm auch Du und fühle dich Gehört!

Liebe politisch interessierte Bürger, Ihr seid mit dem jetzigen demokratischen System nicht einverstanden? Dann kommt zu uns, denn wir sind es auch nicht und wollen es gemeinsam mit Euch ändern.

Auch Ihr lieben politisch uninteressierte Bürger kommt wählen, jede abgegebene Stimme schwächt, die Altparteien, um an der Macht zu bleiben. Wählt wen Ihr wollt, solange es eine Kleinpartei oder neue Partei ist, die unter 5% bei der letzten Wahl blieb.

Herzlichst Euer

Johnny Weston

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....1
Inhaltsverzeichnis.....4

Demokratie, Europäische Union.....6
Demokratie.....6

Europäische Union.....11

Die 4 Säulen.....12

Kinder & Familie.....13
Kinder.....13
Familie.....13
Rente.....14
Gesundheit.....15
Corona.....15
Pandemie.....17
Pflegeheime.....18

Arztpraxen, Hebammen, Pflegepersonal.....19
Intensivbetten.....19
Krankenhäuser.....19
Krankenkassen.....20
Tierschutz.....21

Krieg und Sanktionen.....25

Bauen & Wohnen.....25
Mietendeckel.....25
Modernisierung.....25
Miete.....26
Wohnungsbau.....28
Obdachlosenheime.....29
Gartenkolonien.....29

Friedhöfe.....29
Grünflächen.....29
Dächer.....29
Bauland.....29
Wohnungsbaugesellschaften.....29

Bildung, Schulen, Jugend und Sport, Kultur.....31
Studium.....33
Arbeitsmarkt.....35
Weiterbildung.....37

Umweltschutz, Naturschutz & Klima.....38
Landwirtschaft.....41
Energie.....43

Verkehr, Infrastruktur.....45
Digitalisierung.....46

Datensicherheit und Datenschutz.....46

Finanzen und Wirtschaft.....48
Einwanderungspolitik.....50
Schlusswort.....52

Demokratie, Europäische Union

Demokratie

dieBasis fordert die sofortige Aufhebung der Einschränkungen der Grundrechte.

Grundrechte sind verpflichtend zu gewährleisten.

Wir stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes und setzen uns für die Aufrechterhaltung der Grundrechte ein.

Die Partei Basisdemokratische Partei Deutschland vereinigt Menschen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung, geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit, mitwirken wollen.

Totalitäre, diktatorische und oder gewalttätige Bestrebungen jeder Art lehnt die Partei Basisdemokratische Partei Deutschland entschieden ab.

Wir fordern eine parlamentarisch verabschiedete Definition zur Feststellung von Notlagen von nationaler Tragweite jeglicher Ursache nach ausführlicher, öffentlicher, interdisziplinärer Expertendebatte und unter basisdemokratischer Mitbestimmung der Bevölkerung.

Die Gesellschaft befindet sich in einem Wandel, der alles erfassen wird. Dieser Wandel soll friedlich, freiheitlich und in einem gemeinsamen Für- und Miteinander geschehen.

Im Zentrum unserer Arbeit steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen als geistigkörperlich-seelisches Wesen, das in eine soziale Gemeinschaft und als Teil der Natur in die Umwelt eingebunden ist.

Im Laufe des letzten Jahres wurden im Schnellverfahren und meist ohne Einbezug der Parlamente zahlreiche Verordnungen erlassen, die weitreichende Freiheitsbeschränkungen beinhalten und tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben. All dies, ohne dass wir Bürgerinnen und Bürger Mitsprache gehabt hätten.

Der Ursprung des menschlichen Miteinanders ist in Gefahr, der Meinungsaustausch.

Deshalb stellen Wir uns gegen Rechte und Linke Gewalt aller Art und anders als die Linke die sich nur gegen Rechts positioniert und Ihre Linke extrem gewalttätige Antifa nicht erwähnt sind wir gegen jegliche Art der Gewalt.

Im Gegenteil die Linke und mittlerweile die SPD auch, stellt diese Antifa als Aufklärer gegen Rechts dar, verheimlicht aber, das genau diese mit Steinen, Feuerwerkskörper, obzönen beleidigenden Geschrei gegen Polizisten und friedlichen Bürger auf Demos vorgehen. Schlimm genug das, solche angeblichen Initiativen wie die Antifa auch noch von uns Menschen öffentliche Gelder bekommen, wie es die Linke selbst zu gibt und fordert das diese langfristig und stärker gefördert wird.

Die Linke hat sich daher unwählbar gemacht.

Die Demokratie wurde von den alten Parteien abgeschafft, wir wollen Sie wieder einführen, und zwar, eine Basisdemokratie, in der die Menschen entscheiden und nicht die Politiker, die von den Lobbyisten gekauft sind.

Wir wollen das die Menschen sich gegenseitig helfen, Konzepte entwickeln, Hilfe organisieren, Strukturen aufbauen, Verantwortung übernehmen, in politischen Entscheidungen selbst entscheiden können was Sie wollen oder nicht. Wir wollen das der Schwarm also die Menschen selbst entscheiden was für Sie gut oder schlecht ist. Nur so geht gelebte Demokratie.

Die Regierung beansprucht nicht das Monopol auf die beste Lösung oder den einzig möglichen Weg.

Die Verwendung der öffentlichen Gelder für die Bezirke muss von den Bürgern bestimmt werden und nicht von den Ämtern.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und deshalb muss das Grundgesetz wieder voll hergestellt werden und erweitert werden. Die Menschen sollen sich eine eigene Verfassung geben, die für alle Menschen gilt.

Die Rechte von Minderheiten sowie Migranten und ausländischen Menschen müssen gestärkt werden.

Die jetzige Regierung muss zur Verantwortung gezogen werden, für die Abschaffung des Grundgesetzes.

Lobbyisten müssen aus den Parlamenten und Gebäuden der Politik verschwinden, denn es muss Politik gemacht werden und keine Marionettenvorstellung.

Politiker sollten Ahnung von dem haben, was Sie reden und keine Berater dafür brauchen die von Steuergeldern der Menschen bezahlt werden.

Eine deutlich verschlankte Bürokratie und Vereinfachung des Kontaktes mit ihr für die Bürger.

Einführung von Volksentscheiden als festen Bestandteil unserer Politik.

Parteien haben ihre Ursprüngliche Rolle verloren, Sie dürfen keine Rolle mehr im Staatsaufbau spielen, dort haben Sie nichts mehr verloren.

Bürgernahe Verwaltung und Ausweitung demokratischer Entscheidungsverfahren auf weitere Funktionsbereiche der Gesellschaft im Sinne der Subsidiarität.

Einberufung eines Rats der Bürger und somit regelmäßige offene Bürgerversammlungen mit politischen Repräsentanten, um die Arbeit der gewählten Mandatsträger inhaltlich zu motivieren und reflektieren.

Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters und der Bezirksbürgermeister.

Vielfältige und offene Debattenkultur in Fachausschüssen, Bürgerräten, Gremien und anderweitigen Versammlungen des bürgerlichen Mitspracherechts.

Eine Vielfältigkeit von Bürgerinitiativen und -projekten, sowie weitere Arbeitsgemeinschaften für die menscheninnewohnende Gestaltungskraft für unsere Gesellschaft.

Haftbarkeit sowie Abwählbarkeit von Politikern unter zu bestimmenden Bedingungen.

Begrenzung von Amtszeiten und Ämterhäufung unter zu bestimmenden Bedingungen.

Wir fordern zudem die Kürzung der Diäten von Politikern. Diese sollten Leistungsbezogen und unter Festlegung der Bürger passieren.

Transparente Politik und Offenlegung von Lobbyismus.

Vollständige Offenlegung der Nebeneinkünfte von Politikerinnen und Politikern, sowie Darstellung der Positionen (z. B. Aufsichtsrat) in und Funktionen (z. B. Beratertätigkeiten) für Unternehmen.

Einführung eines Bürgerreferendums über vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetze bzw. über vom Senat beschlossene Verordnungen (Über ein vom Abgeordnetenhaus verabschiedetes Gesetz ist stets nachträglich in einem Bürgerreferendum erneut zu entscheiden, wenn sich 20.000 Stimmberechtigte durch Unterstützungsunterschriften dafür aussprechen.)

Das Entwickeln und Beschließen konkreter Vorschläge durch die Berliner Wahlberechtigten, um die Spekulationen mit Tieren, Menschen, Land, Waffen, Daten, Nahrungsmitteln aller Art, Getreide, Pflanzen sowie den Handel mit Menschen, Waffen, Daten und menschlichen Organen wirksam zu unterbinden.

Erhalt einer freien, vielfältigen und unabhängigen Presse- und Medienlandschaft.

Meinungsfreiheit im Rahmen der geltenden Grenzen von Gleichbehandlung (Art.3) und Schutz der Persönlichkeitsrechte, ohne Befürchtung von Repressalien oder Diffamierung. Abbildung aller zur Aufklärung nötigen Inhalte in der Öffentlichkeit. Eine Zensur findet nicht statt. Erhöhung des Mitgestaltungsrechtes der Bürger in den Programmbeiräten und der Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen Medien.

Es darf keinem Geheimdienst oder Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst ermöglicht werden verschlüsselte Chats mitzulesen so wie es die Bundesregierung plant. Dadurch sind die Altparteien nicht wählbar.

Der Verfassungsschutz muss durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzt werden, die keiner Partei angehört wie im Moment der CDU.

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den Basisdemokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird.

Rassismus lehnen wir strikt ab.

Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein und die Menschen müssen Entscheidungsrecht mit gleicher Stimmberechtigung wie die Abgeordneten bekommen.

Abgeordneten muss es verboten sein, Spenden anzunehmen. Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen.

Abgeordneten muss es verboten sein noch andere Ämter z.B. in Industriefirmen weder Ehrenamtlich noch, beruflich zu bekleiden.

Die Nebeneinkünfte müssen offen liegen!

Es muss möglich sein Abgeordnete abwählen zu können, durch uns Menschen.

Die 5% Hürde muss für Parteien wegfallen, stattdessen sollen alle Parteien an Wahlen teilnehmen können auch ohne Unterstützerunterschriften sammeln zu müssen.

Es soll dann nur noch 100 Abgeordnete geben, also für jede erreichte 1% auch einen Abgeordneten damit auch Kleinparteien die Möglichkeit des Mitspracherechts gegeben ist.

Das gleiche Prinzip soll auf alle Wahlen wie BVV, Landtagswahl und Bundestagswahl angewendet werden.

Weitere 100 Abgeordnete kann man weiterhin als Direktmandate ins Abgeordnetenhaus bekommen, aber Überhangmandate bzw. Ausgleichsmandate entfallen.

Das Mindestwahlalter muss bei 18 Jahren liegen, um eine Beeinflussung durch Eltern zu vermeiden.

Über lange Sicht soll dieses Wahlverfahren abgeschafft werden und durch Menschenentscheide also durch Bürgerentscheide ersetzt werden, denn wir wollen so die Korruptheit und Bestechlichkeit der Politiker entgegenwirken und die Macht der Politiker begrenzen.

Die Entscheidungsgewalt muss wieder bei uns Menschen liegen!

Wir wollen Parteien überflüssig machen!

Die Verwaltungen müssen transparent werden!

Wir brauchen Offenheit, Redefreiheit und Informationsfreiheit.

Es muss aufhören vor jeder Wahl Dokumente zu schreddern, die die Machenschaften von Politikern ans Licht bringen könnten alles muss, offengelegt werden.

Es muss aufhören, das Abgeordnete sich in Tagesgeldlisten eintragen aber gar nicht an den Sitzungen teilnehmen, sondern alles Beamte entscheiden lassen.

Die Sitzungen müssen öffentlich gemacht werden.

Wer geheime Debatten hinter verschlossenen Türen führt, hat vor dem Bürger uns Menschen also was zu verbergen und lügt uns an!

Leihbeamtenprogramme müssen beendet werden.

Die REACH- Verordnung muss überprüft werden und ggf. neu erarbeitet werden.

Die Investmentmodernisierungsgesetze müssen überarbeitet werden.

Volksabstimmungen müssen geregelt werden.

Artikel 146 GG muss endlich beachtet werden, denn die Politiker entscheiden schon seit Jahren über Gesetze, die verfassungsersetzenden Charakter haben.

Denn das Volk hat nicht mit der Bundestagswahl ein Votum in freier Entscheidung abgegeben und diese Abstimmung darf grundsätzlich nicht mit anderen Sachfragen verquickt sein.

Der Fraktionszwang muss abgeschafft werden!

Europäische Union

dieBasis setzt sich für ein Europa ein, in dem sich jede Kultur frei und gleichberechtigt entfalten und national, regional und lokal über die Regeln des demokratischen Zusammenlebens entscheiden kann. Zentralistische Strukturen widersprechen der Machtbegrenzung und gefährden die Demokratie. Deshalb muss

Die Europäische Union abgeschafft werden und die Deutsche Mark wieder eingeführt werden.

Denn die EU wurde einzig und allein erschaffen, um die Macht der Politiker auszubauen, um mehr Kontrolle zu haben. Es war ein erster Schritt für die jetzige angestrebte neue Weltordnung.

Das Bargeld also die Deutsche Mark muss wieder eingeführt werden und die Abkopplung von der Europäischen Zentralbank muss erfolgen.

Man sieht es daran das alle Altparteien von einem Europa reden, aber die EU ist nicht Europa, sondern eine geschaffene Institution, um Geld zu scheffeln.

Zu Europa gehören weitaus mehrere Länder in der EU als die Länder, die der EU angehören wie z.B. Großbritannien, Schweiz, Lichtenstein, San Marino, Vatikan, Norwegen usw… und all das sind sogenannte Steueroasenländer.

Man sieht daran, was der Zweck der EU beinhaltet, nämlich die Steueroasen zu vernichten und Kontrolle darüber ausüben.

Zum Glück für uns Menschen sind diese Länder aber nicht der EU beigetreten.

So wird zumindest teilweise der Ausbeutung der Menschen durch den Staat (hohe Steuern) entgegengewirkt.

Wir fordern eine basisdemokratische Verfassung für Europa, die von den Menschen Europas in einer Volksabstimmung beschlossen wird.

dieBasis setzt sich für den Aufbau eines Europäischen Sicherheitsplans mit anteiligen Verteidigungskontingenten der Staaten ein.

Staatsetats und Rechtsprechung sollen zurück in nationalstaatliche Kompetenz geben werden.

Es darf bei EU- Wahlen keine 3,5 % Hürde geben, dies muss verhindert werden!

Unsere Arbeit wird getragen von 4 Säulen:

Die Säule der Freiheit

Wir Menschen leben unserem Wesen nach in freier Entfaltung und im achtungsvollen Miteinander. Wir treffen unsere Entscheidungen selbstverantwortlich und angstfrei, ohne dabei die Freiheitsrechte der anderen zu verletzen. Die durch das Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte sind die wichtigsten Grundrechte und dürfen nie und von keiner Instanz in Frage gestellt werden.

Die Säule der Machtbegrenzung

Eine freiheitliche Gesellschaft kann es nur geben, wenn Macht und Machtstrukturen begrenzt sind. Der Einsatz von Macht dient der Gestaltung des Gemeinwesens und soll in allen Funktionen und Ämtern demokratisch legitimiert sein. Die Übertragung und Übernahme von Macht erfordert die Übernahme von Verantwortung im Sinne von Eigen- und Fremdverantwortung.

Die Säule der Achtsamkeit und des liebevollen Umgangs

Als geistig-körperlich-seelische Wesen mit Bedürfnissen und Wünschen nach Entfaltung wollen wir unsere eigene Menschlichkeit und die des Anderen anerkennen. Achtsamkeit und liebevoller Umgang beginnt bei einem jedem selbst und schafft die Verbundenheit, in der wir den Mitmenschen, der Gesellschaft und der Natur gegenüber Verantwortung tragen und miteinander leben können.

Die Säule der Schwarmintelligenz

Schwarmintelligenz bedeutet, die Weisheit der Vielen in konkrete Politik zu verwandeln. Oftmals reicht Expertenwissen allein nicht aus, um komplexe, fachübergreifende Themengebiete zu erfassen, denn nur ein aus vielen verschiedenen Perspektiven betrachtetes Problem lässt sich in seiner Gesamtheit erkennen und lösen. Schwarmintelligenz ist die Grundlage der Basisdemokratie.

Kinder, Familien

Kinder

Kinder dürfen nicht geimpft werden, wenn Sie es nicht wollen und dürfen keine Masken tragen, da diese hoch giftig sind. Lesen Sie dazu das Arbeitsschutzgesetz.

Kinder müssen ab sofort wieder Spielen, dürfen und in die Schule und Kitas gehen, da immer mehr Kinder unter starker Gewichtszunahme leiden. Zudem nässen immer mehr Kinder wieder ein, fügen sich Verletzungen zu, schreien im Schlaf bis hin zur Sprachlosigkeit, Magersucht und Waschzwang.

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten, deshalb müssen die Kinderrechte wieder hergestellt werden und im Grundgesetz verankert werden.

Das Wohl des Kindes ist maßgeblich zu berücksichtigen.

Die Verfassungsmäßigen Rechte und das Leben der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen.

Der Verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren.

Dieses Grundgesetz kann nicht außer Kraft gesetzt werden.

Das Kindergeld muss für jedes Kind 500 Euro betragen, denn jedes Kind ist gleich zu behandeln.

Dieses Geld ist steuerfrei, denn es gehört dem Kind. Das Kindergeld darf nicht auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden.

Familien

Um Familie und Beruf besser zu vereinbaren, wollen wir den Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleierziehende) verlängern.

Das Elterngeld soll 500 Euro betragen.

Rente

Ausbildungszeiten müssen vollwertig anerkannt werden und führen zu höheren Renten. Wir wollen eine betriebliche Altersversorgung, die überwiegend von den Arbeitgebern finanziert wird.

Das Renteneintrittsalter liegt bei 60 Jahren für alle Menschen. Das Beamtenverhältnis wird abgeschafft, um eine Gleichberechtigung zu haben.

Auf Renten dürfen keine Steuern erhoben werden, weder bei der betrieblichen Altersvorsorge noch bei der Staatlichen Rentenvorsorge oder privaten Rentenvorsorge und erst recht nicht bei der Renteninanspruchnahme.

Qualifizierungen und Weiterbildungen werden auf die Rente voll angerechnet.

Die Rentenberechnung muss neu ausgearbeitet werden. Ein Rentenpunkt liegt bei 1500 Euro Grundeinkommen und jede weitere 150 Euro werden mit jeweils weiteren 0,1 Rentenpunkte bewertet.

Gesundheit

Impfungen

Zwangsimpfungen lehnen wir strikt ab.

Corona

In Anbetracht der derzeitigen Lage hält dieBasis folgende Punkte für besonders dringlich und setzt sich für die Umsetzung ein:

1. Sofortige Aufhebung der „Epidemischen Notlage nationaler Tragweite“ und somit aller in der "Corona-Krise" verfügten Verordnungen, Gesetzesänderungen, sowie Einschränkungen unserer im Grundgesetz verbrieften Freiheitsrechte.

2. **Sofortige Beendigung aller gesundheitsschädlichen und würdelosen Zwangsmaßnahmen,** die mehr schaden als nutzen, insbesondere den Schutzbedürftigen, sowie breiten Teilen der Wirtschaft. Dazu gehören: Maskenpflicht (insbesondere an Schulen), Testpflicht, Isolation, Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit, direkte oder indirekte Impfpflicht, entsprechende Nachweisdokumente, elektronische Datensammlung und -kontrolle und die damit einhergehende Diskriminierung und Bildung einer Zweiklassengesellschaft.

3.Erhaltung der selbständigen Entscheidungsgewalt jedes Menschen über die eigene Gesundheit und körperliche Unversehrtheit. Es muss grundsätzlich jedem Bürger selbst überlassen werden, wie er sich schützt.

4. Umgehende öffentliche und faktenbasierte Aufarbeitung der Infektionslage und uneingeschränkte Aufklärung der Bevölkerung über die tatsächliche Lage. Mit evidenzbasierter Analyse einhergehende systematische Obduktion von Verstorbenen, auch potentiellen Impftoten, realistische Erfassung von Todesursachen, Nichttesten von Gesunden/Symptomfreien, Testung symptomatisch Erkrankter auf verschiedene Erreger, korrekte Datenerhebung und Darstellung, Klärung des Pandemiebegriffs, Zulassen aller wissenschaftlicher Stimmen und Meinungen.

5. Einberufung eines überparlamentarischen Untersuchungsausschusses zur wissenschaftlichen und juristischen Aufarbeitung der im Zusammenhang mit der Corona-Krise stehenden Ereignisse und Handlungen. Erarbeiten von Vorschlägen für Konsequenzen, beispielsweise einer Haftung der verantwortlichen Entscheidungsträger.

Wir fordern eine besondere Rücksicht auf die Bedürfnisse von Alten, Kindern und Familien sowie tatsächlichen Risikogruppen in der Coronakrise. Deren Möglichkeit zur Teilnahme am sozialen Leben sind auch in pandemischen oder epidemischen Lagen zu gewährleisten. Kinder und Familien sind sozial, psychologisch, gesundheitlich und wirtschaftlich besonders schützenswert. Ihre Bedürfnisse dürfen nicht hinter anderen gesamtgesellschaftlichen Interessen zurückstehen. Dies schließt die Inkaufnahme verantwortbarer Infektionsrisiken mit ein.

Abgesehen von medizinisch begründeten Einzelfällen lehnen wir eine generelle Pflicht zum Tragen von Infektionsschutzmasken ab. Das gilt auch und insbesondere für Kinder unter 16 Jahren und deren Betreuer.

Wir fordern eine außerparlamentarisch-unabhängige Untersuchung der Verhältnismäßigkeit aller im Zuge der sogenannten Corona-Krise verordneten Infektionsschutzmaßnahmen. Für Maßnahmen, die fahrlässig gesundheitliche, wirtschaftliche oder soziale Schäden verursacht haben, sind alle Verantwortlichen juristisch zu belangen.

die Basis fordert einen Verlustausgleich der Schäden, die für Selbständige durch die Lockdown-Maßnahmen entstanden sind.

Die durch die Lockdown-Maßnahmen betroffenen Kulturschaffenden, Kunsthäuser, Theater, etc. sollen entschädigt werden. **Die Entschädigung soll auch die Lebenshaltungskosten der Betroffenen berücksichtigen.**

dieBasis steht für eine freie Impfentscheidung. Wir fordern ein gesetzliches Verbot einer direkten oder indirekten Impfpflicht, eine offene und transparente Auswertung und Diskussion vorliegender Forschungsergebnisse durch unvoreingenommene Expertengremien sowie eine umfassende Langzeitdokumentation von Impfnebenwirkungen durch unabhängige Stellen. Wir setzen uns für die Einrichtung von unabhängigen Impfberatungsstellen ein.

Wir lehnen einen Impfnachweis oder ein definiertes Testergebnis als Vorbedingung für gesellschaftliche Teilhabe und die Inanspruchnahme von Grundrechten entschieden ab. Insbesondere dürfen der Zutritt zu öffentlichen und privaten Veranstaltungen, Einrichtungen oder Dienstleistungen, die Mobilität und berufliche Tätigkeiten nicht an Impfnachweise oder Testergebnisse gebunden werden.

Entsprechende indirekte Impfpflichten müssen per Gesetz unterbunden werden. Freie Wahl und Entscheidungsgewalt über die Therapiemethode, Präventivmaßnahmen und körperliche Unversehrtheit. Keine gesetzlich verankerten Impfungen und sonstigen Behandlungen, umfassende Bildung (bereits an Schulen) über gesunde Lebensführung, Prävention, sowie Wirkung und Nebenwirkung von Medikamenten, Genussmitteln mit Suchtpotential und Therapien.

Ausreichend Fördergelder für gesundheitliche Aufklärungskampagnen und ein breites Spektrum an Gesundheitsangeboten.

Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit und kann frei über den eigenen Körper, die eigene Gesundheit und die eigene Psyche entscheiden. Dieses Recht darf nicht durch staatliche Zwangsmaßnahmen eingeschränkt werden.

dieBasis lehnt den Einsatz von Massentests an Gesunden kategorisch ab.

Insbesondere lehnen wir die generelle Testung **an gesunden Kindern** ab. Krankheit und Infektiosität einer Person müssen durch eine/n Arzt/Ärztin festgestellt werden. Gesundheit oder Krankheit dürfen auch in pandemischen Situationen nicht über kontextlose Testsysteme definiert werden.

dieBasis fordert die Abschaffung der Masern-Impfpflicht.

Pandemie

dieBasis steht für die unbedingte Aufrechterhaltung der Grundrechte. Wir fordern die sofortige Aufhebung und die klare Definition einer nationalen Notlage für die Zukunft. Wir fordern umfassende wissenschaftliche Beratung in Krisenzeiten, Eigenverantwortung und regionale Entscheidungen statt Zentralismus. Die Partei dieBasis ist gegen Massentests und Maskenzwang. Wir stehen für besondere Rücksicht gegenüber Kindern, Familien und Alten, und für den Ausgleich für Lockdown-Geschädigte. Eine direkte oder indirekte Impfpflicht wird es mit uns nicht geben.

Wir fordern die sofortige Aufhebung der "epidemischen Notlage von nationaler Tragweite", die Beendigung aller Strafverfolgung von Zuwiderhandlungen gegen entsprechende Zwangsmaßnahmen sowie die sofortige Beendigung aller entsprechenden weiteren Planungen gegen die Verbreitung von SARS-Cov-2 und seiner Varianten.

Die Definition von Pandemie sowie Epidemie muss wieder geändert werden.

Wissenschaftliche Beratungsgremien müssen auch in Pandemie-Situationen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen besetzt werden. Entscheidungsprozesse müssen transparent dargestellt und veröffentlicht werden.

Deshalb muss:

bei Verdacht einer solchen Lage mehrere Sitzungen mit Virologen, Biologen, Ärzten, Heilpraktikern und alle damit verbundenen Arbeitskräften stattfinden.

Die Politiker dürfen keine Berater mehr haben, da diese Befangen sind.

Diese Sitzungen müssen mit Unabhängigen Privaten Arbeitskräften stattfinden.

Auch diese Institute sind dem Staat, aber an private Unternehmen vermietet. Keines dieser privaten Unternehmen darf vom Staat (Politiker & Sonstige Angestellte) gekauft sein.

Eine Pandemie oder Epidemie wird in einer Öffentlichen Sitzung mit allen oben genannten Arbeitskräften ausgerufen und schriftlich dokumentiert und unterzeichnet an Eides Statt, dass wirklich eine Epidemie oder Pandemie vorliegt. Der bloße Verdacht reicht nicht aus. Der Missbrauch ist strafbar und wird mit 10 Jahren Haft ohne Bewährung geahndet. Es darf kein Grundgesetz geändert werden.

Auch haben die Arbeitskräfte nicht auf Institutionen wie WHO oder andere zu hören denn diese sind nicht unabhängig, sondern gekauft.

Die Haftung für Schäden und Nebenwirkungen von Medikamenten und Impfungen **soll ausschließlich beim Hersteller** liegen.

Das öffentliche Leben und die Wirtschaft dürfen auch in pandemischen Situationen nicht generell von zentraler Stelle eingeschränkt werden. Größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des mündigen Individuums stehen vor zentralistischer Regulierung.

Wir fordern die Rückkehr zur Erfassung regionaler Gefährdungslagen und die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. Die Notwendigkeit und die Anwendung von Infektionsschutzmaßnahmen sind dezentral und regional zu entscheiden. Leitmotiv muss Einsicht und Überzeugung durch Aufklärung sein, nicht Zwang.

Die Begründungs- und Beweispflicht für die Wirksamkeit von Maßnahmen liegt bei der anordnenden Behörde bzw. beim Verordnungsgeber.

Pflegeheime

Die Pflegeheime müssen in die Hände des Staates, können aber wie die Krankenhäuser vermietet werden. Das Pflegepersonal ist zu erhöhen ebenfalls die Betten auch hier sind Intensivbetten als Reserve zu halten. Wenn nötig muss extra dafür Raum geschaffen werden.

Die Bedürftigkeit der Senioren und Seniorinnen ist vom Staat zu bezahlen als Ausgleich für die Steuereinnahmen der Menschen während Ihrer Arbeitszeit. Wer sein Leben lang für den Staat gearbeitet hat, hat auch später im Alter ein Anrecht auf ein Würdevolles Leben.

Gute und menschenwürdige gesundheitliche Versorgung mit Aufklärung und gesundheitlicher Selbstbestimmung der Menschen. Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss professionell, wohnort- und patientennah sein.

Angehörige, die Ihre Verwandtschaft selbst pflegen sind wie Pflegepersonal von Staatsmitteln zu bezahlen und als gleichberechtigt zu behandeln.

Psychisch kranke Menschen wollen wir vor dem Gesetz und in den Sozialversicherungen gleichstellen.

Wir wollen eine gewaltfreie Psychiatrie und die Abschaffung von Sondergesetzen. Die räumlichen Bedingungen und die personelle Ausstattung müssen eine Behandlung ohne Zwang und Gewalt ermöglichen.

Menschengerechte Krankenhäuser und würdevoll geführte Pflegeheime. Ausreichend gut bezahltes und ausgebildetes Personal. Schließungen von Krankenhäusern aus ökonomischen Gründen dürfen nicht stattfinden. Private Pflegeheime dürfen nicht zur Gewinnmaximierung betrieben werden.

Wir fordern die Zulassung von Tieren in Seniorenheimen, denn sie fördern die Gesundheit der Bewohner.

Arztpraxen, Hebammen, Pflegepersonal

Hebammen und Pflegepersonal müssen vom Staat bezahlt werden und Unterstützung bekommen beim Aufbau von eigenen Praxen und Stationen.

Jeder Mensch hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Die freie Entscheidung der Patienten zwischen Schulmedizin und Naturheilverfahren **ist zu gewährleisten.**

Alternative Behandlungsmethoden wie Naturheilkunde und Akupunktur unterstützen eine ursächliche Heilung und dienen nicht einer bloßen Symptombekämpfung und **müssen zugelassen werden.**

Prävention und Krankheitsfrüherkennung müssen absoluten Vorrang haben.

Intensivbetten

Intensivbetten sind zu erhöhen und dürfen nicht reduziert werden. Es müssen 25 % der Intensivbetten zusätzlich als Reserve zur Verfügung stehen. Dazu ist der nötige Platz zur Lagerung zu schaffen.

Krankenhäuser

Krankenhäuser sind vom Staat zu übernehmen können aber an Privat vermietet werden. Dies soll verhindern, dass große Konzerne, wie Helios Krankenhäuser aufkauft und dann schließt, um einen Konkurrenten, loszuwerden. Sollte ein Privat gemietetes Krankenhaus Insolvenz gehen so ist die gesamte Belegschaft mit Krankenhaus zu übernehmen und weiter zu betreiben.

Es sind weitere Krankenhäuser zu bauen, sowie auch weitere Arztpraxen. Krankenhäuser und Pflegeheime müssen mit Lüftungskonzepten ausgestattet werden, wie Sie in Thailand schon lange üblich sind. Somit werden im Vorfeld schon viele Bakterien und Viren abgetötet.

Krankenkassen

Krankenkassen dürfen die von den Versicherten **eingezahlten Rücklagen nicht** für die Spekulation auf Erfolge von Konzernen **nutzen** und

deshalb sind

Krankenkassen zu verstaatlichen und müssen alle Ärztliche Institutionen bezahlen. Das gilt auch für Heilpraktiker und Institutionen, die vorher nicht anerkannt wurden (wie z.B. TCM usw.).

Auch ist die komplette Behandlung umfänglich **zu bezahlen** egal welcher Krankheit.

Dies gilt auch für alle Medikamente die komplett von den Krankenkassen zu zahlen sind.

Mittelfristig ist die Einführung einer Bürgerversicherung anzustreben.

Die Ausweitung der Kompetenzen der WHO wie die Linke es fordert geht gar nicht, denn die WHO ist privat, organisiert. Im Gegenteil **es muss sich von der WHO abgekoppelt werden.**

Ein vielfältiges Gesundheitssystem, das in Gänze auf Gesunderhaltung und Heilung des Menschen aus ist statt auf Profit aus Krankheit. Ein breites Spektrum von Heilberufen und Therapiemethoden soll dem Bürger zugänglich gemacht und durch die Krankenkassen unterstützt werden.

Wir fordern ein Positivlistengesetz für Medikamente, die nur wirksame und bezahlbare Medikamente enthält und die die Krankenkasse bezahlen muss.

Die auf Alkohol und Nikotin erhobenen Steuern sollen direkt in das Budget der Krankenkassen einfließen. **Gesundheitsapps, müssen verboten werden!**

Tierschutz

Bienenvölker und auch Wespen und Hummeln müssen geschützt werden. Stirbt die Biene stirbt auch der Mensch!

Die Tiere sind der Ausbeutung durch den Menschen, speziell in Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft, **hilflos ausgeliefert.**

Der Tierschutz gehört mit einem eigenen Artikel ins Grundgesetz, denn genau wie der Mensch auch hat das Tier ein Recht auf Leben in Würde, Freiheit und Unversehrtheit.

Ein auf modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhender und zukunftsfähiger Tierschutz. Aufklärung im Zusammenhang mit Klima, Ernährung, Ökologie, Gewalt, Gesundheit und tiergerechtes Zusammenleben mit Tieren. **Einführung einer Fachstaatsanwaltschaft für Tierschutz.**

Das Tierfutter muss, Gen frei und natürlichen Ursprungs sein und vor allen Dingen Medikamentenfrei sein. Wir müssen wieder hin, zur Bionahrung, die es früher gab.

Lücken im Tierschutzrecht müssen endlich geschlossen werden und das Ziel Tierschutz ernst genommen werden. Es ist auch nicht hinnehmbar wie die Linke schreibt das Tierschutz ein Staatsziel ist, sondern es sollte Ziel des Menschen sein und nicht des Staates, denn der deutsche Staat ist im Moment korrupt und daher nicht geeignet überhaupt irgendein Ziel in die Hände des Staates zu legen.

Qualzucht an Tieren wollen wir verbieten. Das gilt auch für das Schreddern von Küken, die Anbindehaltung für Rinder und Kühe. Schweine dürfen nicht im Kastenstand gehalten werden. Keine Kastration von Tieren.

Forschung an Tieren muss verboten werden! Sie sind ethisch zutiefst verwerflich, da sie die Wehrlosigkeit der Tiere in brutaler Weise ausnutzen.

Die zahllosen Nutznießer von Tierversuchen, die mit dieser besonders perfiden Art von Tierausbeutung ihre Karrieren fördern bzw. ihre milliardenschweren Geschäfte machen, tun die Bevölkerung bewusst irreführen.

Insekten müssen als wichtiger Teil des Ökosystems **geschützt,** erhalten und die Biodiversität gefördert **werden.**

Wir wollen eine Nutztierhaltung, die Artgerecht und flächengebunden und auf die einheimische Nachfrage bezogen ist.

Bestandsobergrenzen wie die Linke es fordert lehnen wir ab, da es die Bauern einschränkt rentabel zu werden.

Nicht artgerechte Massentierhaltung lehnen wir ab. Den Begriff Tiergerecht, wie die Linke Ihn benutzt ist nicht hinnehmbar den woher will der Mensch wissen was für das Tier gerecht ist.

Tiergerecht ist es in Freiheit zu leben. Der Mensch will in Freiheit leben und das Tier will das auch. Tiergerecht bezieht sich auf alle Tiere und jedes Tier lebt für seine Art anders.

Tiergerecht behandelt alle Tiere gleich und das ist nicht hinnehmbar. Selbst der Begriff Artgerecht ist für das Tier nicht hinnehmbar, sondern nur von Menschen gemacht, um Ihre Interessen zu befriedigen.

Der Tier lose Landbau ist zu unterstützen wo aus ethischen Gründen auf Tierhaltung (und die damit verbundene Tiertötung) verzichtet und das Obst und Gemüse ohne Dünger tierlicher Herkunft ökologisch erzeugt wird.

Das ist der konsequenteste Weg Tiere zu schützen. **Die sogenannte artgerechte Tierhaltung können wir dulden,** wenn die Tiere genügen Platz und Auslauf haben und das Futter biologischen Ursprungs ist, sowie auf Medikamente verzichtet wird.

Die eigene Gesundheit wird unterstützt (keine Aufnahme von Rückständen im Fleisch, wie Antibiotika, Wachstumshormone usw.; Vermeidung von Zivilisationskrankheiten wie Diabetes, Gicht, Rheuma, Herz-Kreislauf - und KrebsErkrankungen, Allergien u.a.m.). Es wird ein Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung geleistet.

Denn wenn weniger Tierfutter verbraucht wird hat der Mensch mehr zu essen. Deshalb wollen wir die Produktion von Tierfutter durch Verzicht von Tieren minimieren.

Dies geht aber nicht von heute auf morgen, deshalb müssen wir die heimische Produktion von Tierfutter, regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen stärken.

Dies wiederum erlaubt den weitgehenden Verzicht auf Herbizide, Insektizide und Fungizide, welche die Bodenökologie verändern, ins Grundwasser eindringen sowie als Rückstände in Lebensmitteln erscheinen.

Weniger Ausstoß von Methan-Gas aus den Mägen der Rinder, das als 20-mal so klimaschädlich gilt wie Kohlendioxyd.

Keine Überfischung, effektiver Schutz mariner Arten und Lebensräume, Sportangeln ist abzulehnen die systematische Vernichtung der Wale und Thunfische sowie die Treibnetzfischerei durch die Hochseeflotten national und international müssen verboten werden.

Jede Intensiv- und Massentierhaltung von Säuge- bzw. Wirbeltieren mit Anbindehaltung und lebenslangem Einpferchen auf kleinstem Raum **ist sofort und ausnahmslos zu verbieten.**

Die Abschaffung von Hühnerbatterien und ähnlichen Anlagen zur Haltung von Puten, Enten, Gänsen, Kaninchen, Sträußen ist zu vollziehen.

Zeitlich über 2 Stunden hinausgehende Transporte und **alle Exporte lebender Schlachttiere müssen umgehend verboten werden.**

Darüber hinaus fordern wir die Einsetzung unabhängiger Tierschutzbeauftragter in allen Bundesländern.

Diese sind von uns Menschen zu wählen. Jeder trägt durch sein Ernährungsverhalten Mitverantwortung für den Zustand der Erde.

Darüber aufzuklären, erscheint wichtig und notwendig. Nur ein grundlegender Bewusstseinswandel schafft Veränderungen.

Das vorsätzliche betäubungslose Schlachten von Tieren muss verboten werden, dabei spielt es, keine Rolle weshalb dies geschieht (Religion, Tration) es muss verboten sein.

Wir setzen uns für die vollständige Abschaffung der Jagd und des Jagdtourismus ein. Die Ausrede das das Tier krank war ist nicht hinnehmbar.

Wir töten auch keine Menschen nur weil, Sie krank sind, wobei ich mir da im Moment nicht mehr so sicher bin seit Corona!

Es ist nicht zu akzeptieren, dass Tiere zur Produktion von Bekleidung und sonstigen Waren gequält und getötet werden.

Stierkämpfe und andere "Volksbelustigungen" auf Kosten der Tiere sind zu verbieten.

Mit Nachdruck fordern wir, dass Schluss gemacht wird mit der Einstufung von Hunden als so genannte Kampfhunde aufgrund ihrer Rassezugehörigkeit.

Denn es ist genau auch das was die weiße Rasse jeher mit der schwarzen Rasse bei uns Menschen macht, den dunkelheutigen Menschen als Gewalttätig hinzustellen.

Es kommt einzig und allein auf den Menschen an, ob der Hund aggressiv oder sanftmütig ist.

Deshalb fordern wir das Verbot der Ausbildung der Hunde zum Kampfhund auch bei der Polizei! Ohne Ausnahme!

Wegfall der Hundesteuer: Stattdessen behördliche Registrierung, verbunden mit einer gesetzlichen Haftpflichtversicherung.

Eine Einführung eines Sachkundenachweises für Menschen, die Haustiere kaufen oder adoptieren wollen so wie es die Tierschutzpartei fordert **geht gar nicht,** weil dann die Tiere eher im Tierheim verweilen als das Sie in Obhut genommen werden.

Viele schrecken nämlich zurück vor einem Sachkundenachweiß. Sie wollten doch nur ein Haustier für Ihre Tochter kaufen und jetzt soll man auch noch dafür zahlen, dass man dem Tierheim ein Haustier abnimmt.

Auch eine Kastrationspflicht für Katzen wie es die Tierschutzpartei fordert **geht gar nicht,** nur weil Sie sich so sehr vermehren.

Sie fordern auch keine Kastrationspflicht für Menschen! Das besorgen die Altparteien schon mit der Impfung und den falschen Behandlungen gegen Corona.

Das Dressieren und Zurschaustellen von Tieren lehnen wir grundsätzlich ab.

Die Zoologischen Gärten müssen langfristig abgeschafft werden, und als Parkgelände ausgewiesen werden, **mit Verbot** des Wohnungsbaus, auf diesem Gelände.

Die Züchtung aller Tierarten im Hinblick auf sportliche Leistungsfähigkeit **muss verboten werden.**

Wir fordern das Verbot der Bekämpfung so genannter Schädlinge mit Giften, Ratten sind keine Schädlinge, Sie nutzen uns in dem Sie die Kanäle säubern und beugen so Pandemien vor.

Tauben müssen besser geschützt werden. Wir lehnen jeden Import und den privaten wie kommerziellen Handel von Tieren ab.

Haftpflichtversicherungen müssen für den entstandenen Schaden auch dann eintreten, wenn man wegen eines Tieres gebremst hat.

Die aktuelle Regelung, dass bei einem Unfall mit einem Wildtier der zuständige Jäger zu rufen ist, ist abzuschaffen.

Bei Unfällen verletzte Tiere sind zu Tierärzten zu bringen, die dann entscheiden, ob dem Tier noch geholfen werden kann oder ob es eingeschläfert werden muss.

Um die Bewegungsfreiheit der Tiere an Straßen nicht zu sehr einzuschränken, sind in regelmäßigen Abständen bewachsene Grünbrücken zu bauen.

Für Amphibien sind zwischen Laich- und Wintergebieten sog. Krötentunnel mit den darauf hinführenden Zäunen in die Straßenbauverordnung aufzunehmen.

Krieg und Sanktionen

wir dieBasis lehnen jede Gewalt und Kriege ab. Deshalb fordern wir **Worte** statt Waffen.

Die Sanktionen gegen Russland müssen sofort beendet werden, da Sie nur uns Bürgern schaden.

Waffenlieferungen an welches Land auch immer**, lehnen wir ab.**

Wir fordern eine Neutralität in jedem Konflikt, sowohl der Regierung als auch der Medien!

Friedensverhandlungen müssen sofort aufgenommen werden.

Bauen & Wohnen

Mietendeckel

Der Mietendeckel muss alle Wohnungen enthalten und darf keine von vornherein, schon eingearbeitete Erhöhung **erhalten.**

Alle Wohnungen müssen separat berechnet werden und dafür müssen die Mietverträge eingesehen werden können.

Darüber hinaus fordern wir auf Gewerberäume ebenfalls einen Mietendeckel für Einzelhändler, Vereine, Kunst-, Kultur- und Musikszene usw… einzuführen.

Modernisierung

§ 559 Mieterhöhung nach Modernisierungsmaßnahmen

Dieser Paragraph muss abgeschafft werden, da er nicht die Wirtschaftlichkeitszweifel der Mieter berücksichtigt und er die Mieter zwingt zu dulden, egal ob Energie eingespart wird oder nicht.

Zudem werden immer mehr Menschen gezwungen bei steigenden Gaspreisen die Heizungen abzustellen, sodaß die Wärmedämmung Ihr eigentliches Ziel Energie einzusparen gar nicht erfüllen kann. Wo keine Heizenergie verbraucht wird kann auch keine eingespart werden. Die Wirtschaftlichkeit ist einfach nicht mehr gegeben!

Die Linke wie auch alle anderen Altparteien fordern Klimaschutz, aber Klimaschutz gibt es nicht! Ein Klima kann man nicht schützen! Dies ist nur eine Mogelpackung der Regierung, um Geld zu machen.

Tatsächlich kann man nur die Natur schützen und Teile der Umwelt. Denn Umwelt ist ein sehr weit gedehnter Begriff, darunterfällt nicht nur z.B. Ackerlandschaft, sondern auch unsere Umgebung in der wir uns Bewegen schlicht und einfach die ganze Welt.

Ein Klimacheck wie es die Linke fordert kann es aus den obengenannten Gründen nicht geben.

Aber wir fordern ein Energie Einsparcheck, bevor man weitere bauliche Maßnahmen die nämlich wieder Energieverbrauch bewirken (Herstellung der Werkstoffe usw.…) durchführt.

Energetische Sanierungen dürfen nicht gefördert werden, da diese nur missbraucht werden, um Geld zu machen.

Die Vermieter kassieren zweimal, nämlich die Förderung und die monatliche Mieterhöhung.

Jedes Haus, das neu gebaut wird, **soll den Passivhaus-Standard erfüllen.**

Dafür muss aber die Bauweise der Häuser geändert werden. Es darf nicht mehr mit Beton gebaut werden, sondern nur noch mit ökologischen Baustoffen.

Auf Styropordämmstoffe muss verzichtet werden.

Miete

Die Miete darf nicht höher als 30% des Nettoeinkommens betragen.

Zudem muss der Zwang sich an Mindestgrößen der Quadratmeterzahl sowie Zimmeranzahl zu halten **abgeschafft werden.**

Nettokaltmieten dürfen nicht mehr als 6 Euro betragen und nicht wie die SPD fordert 10 Euro.

Mieten müssen für jeden bezahlbar sein, d.h. auch größere Wohnungen und besser ausgestattete Wohnungen für Geringverdiener.

Senioren & Seniorinnen müssen in Ihrem angestammten Umfeld und in Ihrer Wohnung bleiben können.

Die Gewerbemieten müssen mit den Wohnmieten gleichgestellt werden.

Ich bin ehrenamtlich im Pankower Mieterprotest tätig und als einer der Mitgründer dieser Initiative zu nennen. Auch bin ich in weiteren Initiativen (DW & Co enteignen usw..) tätig. Ich bin schon seit 2012 in diesem Sektor tätig und berate Mieter ehrenamtlich bei Problemen und deshalb haben wir uns natürlich auf die Fahnen geschrieben die Mieten zu senken und Mieter zu stärken.

Wir wollen im gesamten Bundesgebiet einen Mietendeckel, der ohne extra Hintertürchen ausgestattet ist und von vornherein schon Mieterhöhungen in sich trägt verbieten.

Die Grünen sind gegen einen Mietendeckel und daher unwählbar!

Auch fordern wir einen Mietenstopp für bestehende Verträge.

Dies alles muss auch für Gewerbemieten gelten.

Sozialwohnungen dürfen niemals höher vermietet werden.

Auch fordern wir einen Kündigungsschutz für Gewerbetreibende.

Es darf keine Gentrifizierung stattfinden.

Leerstand darf nicht hingenommen werden.

Auch nicht von Städtischen Wohnungsbaugesellschaften wie die Gesobau. Dies **muss** unter Strafe gestellt werden.

Der Wunsch nach Wohneigentum darf nicht auf Kosten derjenigen gehen, die schon in den Wohnungen wohnen.

Menschen ab 60 Jahren darf gar nicht mehr wegen Eigenbedarf gekündigt werden.

Wenn Rückstände bei der Miete beglichen sind, darf nicht gekündigt werden.

Der Milieuschutz **muss** ausgeweitet werden.

Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstoßen, müssen bestraft werden.

Mieter*innen sollen auch als Gemeinschaft und im Gewerberecht ein Vorkaufsrecht auf ihre Häuser erhalten.

Es muss ein Recht auf Mietstreik eingeführt werden.

Leerwohnungen zu Beschlagnahmen wie es die Linke fordert ist nicht durchführbar, solange die Stadt selbst (Gesobau usw.) bis zu 50 % leer stehen lässt.

Solche Beschlagnahme muss von den Menschen durchgeführt werden dürfen, damit auch die Stadt selbst gezwungen wird Leerstände zu bewohnen.

Vorkaufsrecht soll immer möglich sein, nicht nur 6 Monate wie es die Linke fordert.

Denn wenn es die Stadt versäumt innerhalb von 6 Monaten tätig zu werden dann wird immer noch Spekulation betrieben und das ist mehr als nur einmal vorgekommen, weil die Altparteien mit den Spekulanten gemeinsame Sache machen.

Deshalb fordern wir auch die Entfernung der Lobbyisten aus den Gebäuden der Politik.

Wohngeld muss die komplette Miete samt Nebenkosten und Strom, Heizung und Wasser abdecken.

Wohngeld soll also nicht mehr anteilig bezahlt werden, sondern in voller Höhe.

Bevorzugte Vermietung senatseigener Gewerbeflächen an kleine und mittlere Gewerbetreibende mit Sitz in Berlin.

Förderung der notwendigen Sachkosten für die Gründung von Jungunternehmen.

Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden.

Energiesperren, die einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten.

Wir fordern das Recht auf Strom, Gas, Wasser und Heizwärme genau wie das Recht auf eine Wohnung im Grundgesetz verankert werden muss.

Telefonanschluss und Internet dürfen (wie Strom und Wasser) nicht abgestellt werden, auch nicht bei Zahlungsrückstand und müssen ebenfalls im Grundgesetz verankert werden.

Tiere müssen in Mietswohnungen gesetzlich zugelassen werden, denn Sie fördern die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen.

Wohnungsbau

Der Wohnungsbau muss verringert werden, da er die Mieten in die Höhe treibt und nur die Stadt Berlin reich macht durch mehr Steuereinnahmen von zugezogenen Bürgern.

Blankenburger Süden

Der Blankenburger Süden darf nicht bebaut werden, hier würde ein großes Stück Natur zerstört werden.

Rangierbahnhof Pankow

Der Rangierbahnhof Pankow darf ebenfalls nicht bebaut werden, hier leben so viele Tierarten, die hier vernichtet würden. Man sollte dort ein Naturschutzgebiet draus machen.

Elisabeth – Aue

Auch hier lehnen wir die Bebauung von Wohnhäusern strikt ab. Hier würde eine einigartige Natur zerstört werden!

Buch

In Buch ist ebenfalls eine wunderschöne Natur die erhalten bleiben muss. Und deshalb lehnen wir auch dort die Massenbebauung ab.

Karow

Auch hier möchten die Grünen die Natur zerstören und Massenbebauung voran treiben. dieBasis hat da strikt was dagegen!

Pankow soll komplett Millieuschutzgebiet werden!

Wie **der Slogan der SPD im Wahlprogramm** steht **Eine Stadt für alle – Solidarisch – Nachhaltig – Bezahlbar** das **geht gar nicht,** weil genau hiermit die Stadt, also die Verwaltungen gemeint sind und reich gemacht werden und zudem nichts darüber ausgesagt wird, für wen es bezahlbar sein soll! Für die Armen? Oder sind doch nur die Reichen gemeint?

Zudem muss auf die Betonbauweise verzichtet werden, da diese durch die Zementzugabe diese viermal mehr Energie verbraucht als der weltweite Flugverkehr vor Corona.

Da die Betonbauweise zudem die Wärme sehr gut durchlässt und somit weitere Baumaterialien nötig sind zum Erhalt der Wärme in den Wohnungen, muss diese zusätzlich verbrauchte Energie zur Herstellung dieser Baumaterialien zum Beton hinzugerechnet werden.

Artenschutz am Bau muss eingehalten werden. Die Tiere müssen geschützt werden!

Es dürfen keine größere Bauprojekte wie z.B. das Pankower Tor entstehen, denn dadurch entstehen erst die höheren Mieten und nicht wie die SPD meint das die Mieten dadurch niedriger werden.

Dies geht gar nicht denn es ist einleuchtend, dass wenn neue Wohnungen gebaut werden, die auch teurer vermietet werden, und somit auch den Mietspiegel in die Höhe treibt.

Auch die Linke fordert mehr Wohnungen, wodurch Sie sich unwählbar macht, da durch mehr Wohnungen die Baupreise ansteigen und zwangsweise auch die Mietpreise.

Auch darf die Grunderwerbssteuer nicht erhöht werden, wie es die Linke fordert denn diese würde der Vermieter gleich auf die Mieter umlegen was zu einer Erhöhung der Miete führt.

Die Linke will 250000 Neubauten als Sozialwohnungen bauen lassen, **dies ist nicht hinnehmbar,** da diese die Mietpreise drastisch in die Höhe treibt.

Ein Vorkaufsrecht für städtische Wohnungsbaugesellschaften auf Wohnungen und Bauland **ist nicht hinnehmbar**, denn solange die städtischen Wohnungsbaugesellschaften Mieter durch Mieterhöhungen verdrängen sind wir strikt dagegen.

Stattdessen fordern wir das Vorkaufsrecht für Mieter und nicht für Vermieter!

Kaufpreise für Arztpraxen usw. **müssen** eingedämmt werden.

Sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Ein Gesetz über Mietermitbestimmung im Bereich des Wohnraums und Ausweitung alternativer Wohnkonzepte wie Mehrgenerationenwohnen.

Bezirke dürfen keine Geschäfte mit Immobilienhaien tätigen, wie es in Friedrichshain-Kreuzberg geschah, nur weil dem Bezirk die baufälligen Wohnungen zu teuer sind oder weil es Problemhäuser sind.

Es dürfen keine Fördergelder wie in Friedrichshain an Immobilienhaie fließen.

Eine Zustimmung der BVV über einen Bebauungsplan der Immobilienhaie wie in Friedrichshain geht gar nicht, deshalb sind die **Altparteien nicht wählbar.**

Obdachlosenheime

Obdachlosen sollte man Wohnungen zur Verfügung stellen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben sich wieder in die Gesellschaft integrieren zu können.

Alle Kosten müssen vom Staat übernommen werden, solange bis die Person vollständig in die Gesellschaft wieder eingegliedert ist.

Räumung in die Wohnungslosigkeit wollen wir künftig grundsätzlich verbieten, das Recht auf Wohnen wollen wir ins Grundgesetz aufnehmen.

Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung!

Gartenkolonien

Gartenkolonien dürfen nicht abgerissen werden, da Sie jede Menge an geschützten Tierarten erhalten und auch zur Luftverbesserung beitragen und CO^2 reduzieren.

Stadtgrün, wie Parks, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten, **wollen wir** durch Investitionen **fördern.**

Friedhöfe

Ebenso dürfen Friedhöfe nicht bebaut werden, da dies die letzte Ruhestätte unserer Vorfahren ist.

Und auch sehr viel Natur vernichtet wird.

Grünflächen

Grünflächen dürfen ebenfalls nicht bebaut werden, da Sie wie die Gartenkolonien zum Erhalt gesunder frischer Luft beitragen und auch geschützte Tierarten beherbergen.

Dächer

Wenn möglich sollte jedes Dach mit Grünflächen bestückt werden.

Bauland

Bauland, muss Pachtland werden die dem Staat gehört.

Der Pächter hat Lebenslanges Pachtrecht und kann weitervererbt werden.

Jeder, der Bauen möchte, kann Bauland bekommen, aber selbst nicht verkaufen.

So wird vermieden das Bauland zur Spekulation wird.

Trotzdem müssen weitere Maßnahmen getroffen werden damit der Staat selbst kein Unfug damit betreibt.

Wohnungsbaugesellschaften

Wohnungsbaugesellschaften dürfen genau wie Privateigentümer von Wohnungen, die vermietet sind, **keine überhöhte Miete verlangen,** sondern **müssen** unter den Preisen der Privat vermieteten Wohnungen liegen.

Diese Wohnungen sind zu 75 % an sozial schwache (Hartz 4 Empfänger, Obdachlose sowie Geringverdiener und auch Arbeitslose) **zu vermieten** nicht desto trotz müssen diese Schichten abgeschafft werden.

Zuschüsse sind dem Mieter vom Staat zu gewähren.

Der Bestandsschutz der Mieter in den bereits vermieteten Wohnungen ist einzuhalten, dadurch wird vermieden das die Bestandsmieter nicht in neugebaute Wohnungen mit teurer Miete verschoben werden, damit die billigen alten Wohnungen für die oben genannten Mieter frei werden.

Die Mietpreise von neugebauten Wohnungen sind durch die Behörden festzulegen und nicht durch die Wohnungsbaugesellschaften.

Das soll vor Missbrauch der überhöhten Mieten durch die Wohnungsbaugesellschaften schützen.

Die soll durch Begehung eines unabhängigen Energieberaters geschehen, der dann ein Bericht über die Ausstattung der Wohnung den Behörden aushändigt.

Diese soll dann auch nach und nach auf Bestandswohnungen ausgedehnt werden, um überteuerte Mietwohnungen zu finden.

Diese Mieten wären sofort zu mindern.

Die Wohnungen sind von den Wohnungsbaugesellschaften regelmäßig auf Kosten des Landes Instand zu halten und zu Sanieren.

Dazu zählen auch energetische Modernisierungen sowie normale nicht Energetische Modernisierungen.

Gleiches gilt für Bestandswohnungen, die auf den neusten Stand gebracht werden müssen.

Es darf nicht auf die Mieter umgelegt werden.

Die Wohnungsbaugesellschaften müssen in Genossenschaften umgewandelt werden, so dass die Mieter Mitspracherecht haben.

Bildung, Schulen, Jugend und Sport, Kultur

Pankow ist für Familien sehr beliebt und deshalb müssen die Schulen von allen besucht werden können.

Das heißt auch die Privatschulen müssen von allen Kindern besuchbar sein.

Deshalb muss der Schulbesuch vom Staat finanziert werden, damit sichergestellt ist, dass auch Kinder von Geringverdienenden Familien auf Privatschulen gehen können.

Eine gerechte und Individualität zulassende Familienpolitik.

Rechtliche Gleichstellung und eine eingetragene Partnerschaft aller Formen der Partnerschaft.

Keine Bevorzugung einseitiger Familienmodelle, dafür eine verantwortliche Familienpolitik, die stabile Beziehungen, insbesondere zwischen Eltern und Kindern, fördert und schützt.

Auf- und Ausbau von Kreiskulturen, Gesprächsgruppen und diversen anderen Räumen des sozialen Austauschs, Kontemplation, Erholung und Lösung menschlicher Konflikte auf allen Ebenen.

Anerkennung der Kunst und Kultur als systemrelevant und für das gesellschaftliche Wohl unabdingbar.

Staatliche Förderung von Kunst- und Kulturprojekten und Kulturschaffenden.

Der Eintritt in Museen und Sammlungen muss kostenfrei sein und das kulturpädagogische Personal aufgestockt werden.

Kultureinrichtungen müssen barrierefreie sein.

Eine Reflektion der gesellschaftlichen Prägung von Männer- und Frauenrollen und Überwindung der entstandenen Hindernisse und traditionell bedingten Barrieren für die persönliche und berufliche Entwicklung.

Schulen und Kitas müssen auf Radon und andere schädliche Strahlen untersucht werden.

Sportanlagen müssen für alle geöffnet werden, auch nach Schulschluss um diese Anlagen auch bestmöglich ausnutzen zu können.

Man sollte auch mehr öffentliche Toiletten, die für alle offen sind, also ohne Bezahlung nutzbar sind aufstellen z.B. an Parks, Spielplätzen usw.

Auch sollte an mehr Freizeitmöglichkeiten gedacht werden wie z.B. Skatebahnen, Basketballkörbe, kleine Fußballfelder usw.

Auch sollten Schwimmbäder und Freizeitzentren ausgebaut werden.

Zudem auch Musikschulen und Ballettschulen sollten entstehen.

Ein auf die volle Entfaltung der Kinder ausgerichtetes Bildungswesen, das ihren Bedürfnissen und Potentialen angepasst ist und nicht an Ideologien oder gar wirtschaftliche Vorgaben.

Die Schulpflicht wird durch eine freier gestaltbare Bildungspflicht ersetzt und alternative Lernkonzepte und Schulformen in gleichem Maß staatlich gefördert.

Weiterbildungen sollten an keine Bedingungen geknüpft werden und vom Staat bedingungslos bezahlt werden.

Das heißt auch, dass Hartz 4 Empfänger Studieren können muss, ohne dass der Hartz 4 Empfänger sanktioniert wird. Wobei die Forderung bestehen bleibt das Hartz 4 abgeschafft werden **muss.**

Auch muss das Regelalter von BaföG abgeschafft werden.

BaföG muss bedingungslos an alle bezahlt werden die eine Weiterbildung durchführen.

Jede Familie hat das Recht sich den Kitaplatz und den Schulplatz auszusuchen.

Deshalb ist es notwendig ein Register zu führen und eine Stelle zu eröffnen die alle Schulen und Kitas führt und in der ersichtlich ist wie viele Plätze noch frei sind.

Es darf nicht sein das die Schulleitung einfach sagt es sind keine Plätze mehr frei nur weil die Familie nicht wohlhabend ist.

Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und kostenfreie Beförderung von Schüler*innen zur Schule.

Das beinhaltet auch, dass Lehrer entscheiden können, was gelehrt wird und mit welchen Büchern und welchen Mitteln.

Der Rahmenlehrplan, der vorschreibt welche Bücher welche Mittel oder welche Themen behandelt werden müssen, **muss der Vergangenheit angehören,** da dieser Rahmenlehrplan von Lobbyisten erstellt wurde und somit andere Wissenschaftlichen Erkenntnisse von vorneherein unterdrückt.

Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss an allen Schulen auch für digitale Geräte sichergestellt sein.

Ganztagsschulen müssen abgeschafft werden, denn Kindern müssen spielen dürfen.

Es darf nicht länger sein das Kinder wie Erwachsene arbeiten müssen und somit Ihre Entfaltungsmöglichkeiten darunter leiden.

Mehr als 6 Stunden dürfen Kinder nicht lernen, da Kinder noch nicht die Lern und Aushaltedauer wie Erwachsene haben die Konzentration lässt nach und das schadet dem Kind mehr als es hilft.

Kinder brauchen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita, aber auch hier gilt Kinder nicht mehr als 6 Stunden zum Lernen zwingen. Kitas sollen zum Spielen da sein, wenn Eltern aus Beruflichen Gründen sich nicht, um Ihre Kinder kümmern können.

Eine Forderung wie es die Altparteien fordern, das Schuljahr zu verlängern, auf ein freiwilliges Sitzenbleiben und auf Samstagunterricht oder auf Sommerferienschule und Zusatzunterricht in den Ferien, um mehr Leistung der Schüler zu erzielen, wegen der selbst herbeigeführten Coronakrise ist nicht hinnehmbar. Diese Parteien sind nicht wählbar!

Wir wollen gute, gebührenfreie Kitas (Elternbeitragsfreiheit).

Alle Kinder sollen täglich kostenloses, gesundes, warmes Essen erhalten.

Regionale Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden.

Schul- und Selbsterntegärten wollen wir stärken.

Mobile Endgeräte für jedes Kind wie es die Linke fordert ist nicht sinnvoll und kann nicht befürwortet werden.

Die Kinder leiden jetzt schon an Rechenschwäche, weil die Mobilen Geräte ja für Sie rechnen. Mobile Endgeräte dürfen daher erst ab der 8 Klasse, wenn es relevant wird für die berufliche Zukunft zugelassen werden. Die Kinder müssen erst mal die Grundlagen beherrschen.

Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben Bibliotheken kostenfrei besuchen zu können und auch Bücher kostenfrei ausleihen können. Die Kosten für Bibliotheken muss vom Staat übernommen werden.

Solange Hartz 4 noch besteht, darf das Elterngeld nicht angerechnet werden.

Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht auf die SGB II-Leistungen angerechnet werden.

Alle Lehrämter sollen gleichgestellt werden. Ein Grundschullehrer muss genauso viel bekommen, wie ein Lehrer, der auf einem Gymnasium arbeitet.

Lernende, Lehrende und Eltern sollen über Schule entscheiden können, denn das ist Basisdemokratie.

dieBasis setzt sich für ein Recht auf eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für alle ein.

Studium

Wir setzen uns für eine soziale, demokratische, offene und inklusive Hochschule ein. Wir stehen an der Seite von Initiativen und Bewegungen, die für bessere Bedingungen kämpfen.

Studiengebühren für Menschen mit und ohne deutschen Pass schaffen wir ab.

Wir setzen uns für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.500 Euro ein. Es muss dem Grundeinkommen entsprechen.

Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen.

Solange es Hartz 4 noch gibt, darf BaföG nicht angerechnet werden und auch nicht von Hartz 4 verweigert werden. Das Bafög ist zu Hartz 4 zu gewähren.

Ein Studium soll mit einem bestandenen Fachabitur, der allgemeinen Hochschulreife, einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung oder einem vergleichbaren Abschluss möglich sein.

Der Zugang zum Master, muss überall zulassungsfrei sein.

Auch hier gilt Lehrende können frei entscheiden welche Lehrmittel, Bücher oder sonstiges sie verwenden wollen und lehren was Zukunft hat, dies gilt auch, für Themen die gemieden werden, weil Sie von den Lobbyisten nicht gewollt sind wie z.B. (Thema Freie Energie).

Fachhochschulen sollen das Promotionsrecht erhalten.

Wir wollen demokratische Hochschulen wo die Studierende entscheiden was Sie wollen, der Schwarm soll entscheiden.

Dual Studierende müssen einen Ausbildungsvertrag mit einer Mindestvergütung von 1500 Euro im Monat bekommen.

Der Zugang zum dualen Studium, muss ohne Abitur möglich sein.

Es darf an Hochschulen nicht für Kriegszwecke geforscht werden, auch dürfen Hochschulen keine Spenden von Lobbyisten bzw… Industrieunternehmen annehmen, sondern müssen verweigert werden. Wenn dies nicht mehr möglich ist, muss die Spende an eine wohltätige Institution wie z.B. Kloster weitergeleitet werden.

Forschung und Wissenschaft, müssen zur Lösung von sozialen Spaltungen und Umweltproblemen beitragen.

Eine unabhängige und gemeinwohlorientierte Wissenschaft und Forschung.
Verpflichtende sichtbare Darstellung der Finanzierung und Interessen der Forschenden und deren Veröffentlichungen und damit Kontrolle und Offenlegung von Lobbyismus in diesen Bereichen.

Schaffung einer gewinnbringenden Synthese von analytischer Wissenschaftlichkeit und Ganzheitlichkeit und damit eines Paradigmenwechsels in Forschung und Wissenschaft

Arbeitsmarkt

Ein gerechtes, freier gestaltbares Arbeitswesen, das den materiellen und individuellen Bedürfnissen der Entfaltung der Menschen gerecht wird. Erhöhung des Mindestlohns und schrittweise Senkung der Wochenarbeitsstunden, dafür Entwicklung alternativer Lebens- und Arbeitskonzepte übergreifend auf Arbeitsplatz, Gemeinwohl und Sozialbereiche

Hartz 4 muss abgeschafft werden und durch ein Grundeinkommen ersetzt werden, dieses Grundeinkommen steht jedem Menschen zu, der in Deutschland lebt und muss auch gewährt werden, wenn der Mensch in Beschäftigung ist, um eine Gleichberechtigung zu gewährleisten. Dieses Grundeinkommen muss Steuerfrei- und Pfändungsgeschützt sein. Zudem soll es die Renten ersetzen, sodass keine Rentenversicherung mehr gezahlt werden muss. Dieses Grundeinkommen ersetzt also Arbeitslosengeld (Alg 1 und Hartz 4) und die Rente und erhöht dem Arbeitnehmer sein Gehalt.

Sperrzeiten und Sanktionen werden ausnahmslos abgeschafft.

Der Arbeitslosenzeitanspruch bei 60jährigen auf 36 Monate zu erhöhen, wie es die Linke fordert geht gar nicht und macht Sie für mich unwählbar, denn jeder Mensch soll mit 60 Jahren in Rente gehen und braucht deshalb kein Arbeitslosengeld.

Arbeitslose und Einwanderer müssen Arbeit bekommen.

Aber, die 6 monatige Sonderregelung das Migranten für 6 Euro die Stunde bezahlt werden dürfen ist verboten. Diese, müssen wie Fachkräfte bezahlt werden und den Mindestlohn von 15 Euro die Stunde erhalten und 1500 Euro Grundeinkommen wie allen anderen auch.

Es braucht eine bessere Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-Bürger*innen, damit diese ihre Berufe weiter ausüben können.

Unbeschränkte Öffnung des Einzelhandels und der Gastronomie, Aufhebung aller Einschränkungen für Handwerk und Dienstleistungen. Alle diesbezüglichen Corona-Maßnahmen sind aufzuheben und es wird auf Selbstverantwortung gesetzt.

Leiharbeit muss abgeschafft werden, es darf kein Mensch als Ware gehandelt werden das ist würdelos. Wer Arbeitnehmer sucht soll Sie gefälligst auch selbst einstellen.

Berufstätige müssen nach Qualifikation und nicht nach Tätigkeitsprinzip bezahlt werden, um eine fachliche angemessene Bezahlung gewährleisten zu können. Denn die Gehaltslücke zwischen Facharbeiter und Hilfskraft wird immer kleiner was dazu beiträgt das keiner mehr einen Beruf erlernen möchte.

Arbeitslose mit hoher Qualifikation dürfen nicht gezwungen werden arbeiten anzunehmen die nicht Ihrer Qualifikation entsprechen.

Die Gewerbesteuer darf nicht erhöht werden, wie es die Linke fordert, denn durch die Coronakrise sind die Gewerbetreibende eh schon der Insolvenz nahe und eine Erhöhung der Gewerbesteuer treibt genau diese in die Insolvenz, was wiederum Arbeitslose hervorruft. Es würde Berlin also keine 150 Millionen Euro Mehreinnahmen bringen, sondern Verluste durch Schließungen und Zahlungen an Arbeitslose.

Das Grundeinkommen muss mindestens 1500 Euro betragen nicht wie die Linke mit 1200 Euro fordert. Dies ist viel zu wenig. Dieses Grundeinkommen muss jedem gewährt werden auch Auszubildenden, Obdachlosen usw…

Die Steuerfreibeträge der Einkommenssteuer, muss auf 1500 Euro angehoben werden.

Der Mindestlohn muss mindestens auf 15 Euro steigen.

Die Arbeitszeit darf nur 30 Stunden die Woche betragen bei vollem Gehalt. Das sorgt für weitere Arbeitsplätze bei Bedarf.

Die Pflegeversicherung wird abgeschafft und die Kosten der Pflege übernimmt der Staat.

Die Ostgehälter und Renten müssen rückwirkend bis zum Datum der Maueröffnung ausgeglichen werden auf Westniveau. 32 Jahre weniger Lohn und Rente sind mehr als genug! Es ist daher jedem Menschen, der in der ehemaligen DDR seit Maueröffnung gearbeitet hat pro gearbeiteten Monat 30 % seines damaligen Gehaltes, nach zu zahlen und als Grundeinkommen auszuzahlen.

Ehrenamtliche Tätigkeiten müssen abgeschafft werden und stattdessen eine faire Bezahlung eingeführt werden. Es muss endlich aufhören Menschen zu missbrauchen die nicht Nein sagen können. Anständige Arbeit muss auch anständig bezahlt werden.

Die Vermittlung Erwerbsloser in Leiharbeit durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter muss beendet werden.

Jahresgehälter über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein.

Abschaffung von befristeten Arbeitsverträgen.

Mini- und Midijobs wollen wir abschaffen und in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen. Ab dem ersten Euro muss für Unternehmen eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Damit auch Menschen mit geringem Einkommen rechtlicher Beistand ermöglicht wird, fordern wir den Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe bzw. muss durch den Staat finanziert werden.

Zudem setzen wir uns für gebührenfreie und unabhängige Beratungsstellen ein. Damit niemand allein zum Amt muss und um den Austausch von Betroffenen zu erleichtern, braucht es ein bundesweites Netz an selbstorganisierten Sozialberatungsstellen.

Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sollen einen anerkannten Berufsabschluss machen können, dazu zählt auch Studium– unabhängig von ihrem Alter.

Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse der Unternehmen sind, müssen auch von diesen finanziert werden.

Mit Schmalspurausbildungen von oft nur wenigen Wochen werden Hilfserzieher*innen ausgebildet, um den massiven Fachkräftemangel zu retuschieren, das muss ein Ende haben und verboten werden. **Die Ausbildung muss anständig und fair bezahlt werden.**

Die Elektrobranche muss endlich als Bauhauptgewerbe gelten und das Streikrecht bekommen. Sie muss als Systemrelevant eingestuft werden, da Sie es nun mal ist ohne Strom steht nämlich alles still. Es kann daher nicht sein das die Elektrobranche so unterbezahlt ist, obwohl ein Elektroniker mit einem Bein immer im Gefängnis steht und er, eine sehr hohe Verantwortung trägt. Das Gehalt muss drastisch erhöht werden.

Das steuerliche Dienstwagenprivileg wollen wir abschaffen, damit nicht weiterhin vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber und die Automobilindustrie auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt profitieren.

Die Arbeitszeit in Vollzeit wollen wir auf 30 Stunden pro Woche verkürzen, bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich.

Weiterbildung

Weiterbildungsangebote der Arbeitsagentur und Jobcenter müssen ausgebaut werden. Das Ziel schneller Vermittlung Erwerbsloser muss gestrichen werden, stattdessen müssen Erhalt der Qualifikation und Weiterbildung Vorrang bekommen. Für die Zeit der Weiterbildung wird ein Weiterbildungsgeld in Höhe von 90 Prozent des letzten Nettoentgelts gezahlt. Die Zeit der Weiterbildung wird nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet.

Umweltschutz, Naturschutz & Klima

Klimaschutz gibt es nicht, sondern nur Naturschutz und dieser Klimaschutz will die Linke als Staatsziel in die Verfassung aufnehmen. Das geht gar nicht, denn Klimaschutz wie die Linke und Tierschutzpartei es nennt ist kein Staatsziel, sondern Menschenziel und nennt sich Naturschutz.

Es darf kein Klimaschutzgesetz geben, wie es die Linke und Tierschutzpartei fordert, sondern ein Naturschutzgesetz und dort muss die Natur also die Pflanzen und Tiere geschützt werden und nicht wie die Altparteien fordern CO^2 einzusparen, denn CO^2 ist immer vorhanden und kann daher hervorragend als Gelddruckmaschine benutzt werden. Nur wer ist diese Gelddruckmaschine? Wir armen Menschen nicht die Industrie, denn diese wird von dieser sogenannten CO^2 Besteuerung ausgenommen.

Der Klimarat in Pankow im Bezirksamt muss wieder abgeschafft werden, da er nur Steuergelder von uns Bürgern verschwendet.

Auch ein Klimaschutzmanager wie es die Grünen fordern darf es nicht geben.

Auch einen Nachhaltigkeitsbeauftragter sowie die Grünen es fordern geht nicht. Hier sieht man das diese am besten natürlich von Mitgliedern der Grünen besetzt werden sollen.

Unwählbar!

Die Grünen fordern nur Dinge die der Verwaltung und sich selbst dient, was hat ein klimaneutrales Bezirksamt das was die Grünen fordern mit uns Bürgern zu tun?

Deshalb sind die Grünen nicht wählbar!

Die Altparteien wollen die Erderwärmung auf 1,5°C begrenzen und CO^2 freie Energien einsetzen und den CO^2 Gehalt der Luft reduzieren. **Dies ist der falsche Ansatz und hat fatale Folgen auf unsere Natur und Umwelt**. Denn wenn man CO^2 abbaut, weiß der Mensch nicht wann er aufhören muss und die 150ppm an CO^2 Gehalt sind sehr schnell erreicht und unser Planet Erde ist unbewohnbar. Die wenigsten wissen das CO^2 sich sehr schnell abbaut bzw. in den Pflanzen und Meeren lagert und so nicht mehr zur Verfügung steht. Ohne uns Menschen der ständig CO^2 produziert wäre der Planet bereits unbewohnbar, denn der Mensch sorgt für den CO^2 Kreislauf, den der Mensch aber jetzt versucht zu durchbrechen.

Zudem sorgt man dafür das das Klima unberechenbar wird und es zu mehr Stürmen, Hochwasser, Hagel usw. kommt.

Man erreicht das Gegenteil von dem was man will.

Wer von Klimagerecht oder Klimaneutral redet hat nur Eigeninteressen und das ist nun leider mal des Menschen (Bürgers) Geld. Denn nicht der Produzent also die Industrie wird zur Kasse gebeten, sondern wir Bürger. Allein deshalb schon sind die Altparteien unwählbar.

Umweltschutz muss sein, aber man muss überlegt an die Sache ran gehen der Regenwald darf nicht mehr abgeholzt werden auch muss man in unseren Heimatwäldern wieder mehr Bäume die langlebig sind anpflanzen und davon abkommen schnellwachsende Bäume zu pflanzen nur weil die Industrie das möchte.

Lebensachtung in all ihren Formen schließt immer auch den respektvollen und schonenden Umgang mit der Natur ein.

Naturschutz hat bei uns einen hohen Stellenwert

Pankow braucht mehr Grünflächen mehr Gärten!

Auf Parkplätzen, Innenhöfe, Nebenwege und Straßen muss mehr Grün kommen, es müssen mehr Bäume gepflanzt werden und nicht immer mehr abgeholzt werden!

Vor allen Dingen muss die Industrie in die Pflicht genommen werden und nicht der Bürger. Denn die Industrie produziert Umweltschmutz, der Bürger nutzt nur die daraus gewonnene Energie.

Es muss Schluss sein mit Pestiziden im Ackerbau aber auch im Wohnungsbau (Wärmedämmung, Putz).

Es muss Schluss sein mit der Lebensmittelherstellung aus Chemie und wieder auf natürlich gewachsenes genfreies Gemüse gesetzt werden.

Unsere Kieze sollten mehr Treffpunkte bekommen zum gemeinsamen Kochen mit geretteten biologischen Lebensmitteln.

Dazu braucht es mehr Sammelstellen für die Rettung, solcher guten Lebensmitteln.

Ganz nebenbei schädigt ein Ausbau der Infrastruktur, natürlich wie auch der Wohnungsbau die Natur und Umwelt, da dies automatisch nur mit Energie bewältigt werden kann die bekanntlich schädigende Stoffe produziert.

Alle Altparteien fordern aber gerade dies mehr Wohnungen und Ausbau der Infrastruktur.

Allein dieses Wahlprogramm fordert den Stopp des Wohnungsbaus und den Ausbau der Infrastruktur bzw. es sollte nur in gemäßigten Schritten vollzogen werden ohne die Natur groß zu Schädigen. Dies ist aber leider nicht der Fall.

Es müssen mehr Trinkbrunnen gebaut werden so wie es in Spandau der Fall ist. Jede Straße sollte mindestens über drei solcher Brunnen verfügen!

Erneuerbare Energien können helfen, aber man muss sehen welche davon und es darf nicht die einzige Lösung bzw. Alternative sein. Welche Energien kann man noch einsetzen? Hier muss man auch an noch nicht bekanntgemachte Energieformen denken, die von der Industrie extra klein geredet werden, da Sie der Industrie schaden könnten.

Die Bürger müssen Vorrang vor dem Auto haben und die Ampeln müssen dazu umprogrammiert werden.

Jede Altpartei will den Menschen einreden Klimaneutral, zu werden, aber was heißt den Klimaneutral? Ein verzichten auf CO^2! Aber wie will man klimaneutrale Jobs erschaffen? Jeder der arbeitet erzeugt CO^2 und andere schädliche Stoffe ganz unbewusst! Klimaneutral also d.h. CO^2 sparend ist man nur dann, wenn man nichts tut und das heißt im Umkehrschluss der Mensch der arbeitet kann niemals Klimaneutral sein. Es gibt daher auch keine Arbeit die Klimaneutral ist.

Solch eine Partei kann also nicht wählbar sein!

Die Autoindustrie auf Elektromotoren umzurüsten ist nicht ratsam, da der Bürger gar kein Geld hat sich ein neues Elektroauto zu kaufen und die Autos auch die Reichweite nicht erreichen die man bräuchte. Der Verdienende daran ist wieder mal nur die Industrie und die Politiker, die dort in den Vorständen oder sonstige Positionen sitzen. Zudem sind diese Autos alles andere als umweltfreundlich. Alleine der Bau von Tesla verbraucht so viel Energie, dass man 1000 Jahre bräuchte, um diese Energie wieder einzusparen. Es kommt hinzu das die Herstellung der Batterien sehr viel Energie verbraucht. Ohne den Wasserverbrauch dazugerechnet und die Abholzung des Waldes. Das Werk muss, ja unbedingt in einem Wald liegen!

Man sieht daran, den Altparteien ist es gar nicht daran gelegen Umwelt, Natur oder Klima zu retten. Einzig allein das Geld zählt!

Auch will man die Elisabeth Aue bebauen und so wieder die Natur zerstören oder die Kleingartenanlagen wo ist da von den Altparteien der ach doch so hochgehaltene Natur & Umweltschutz. Oder die Arkenberge in ein Erholungsgebiet für reiche machen oder das Pankower Tor bebauen.

Alles Vernichtung von Umwelt zum Wohle der Reichen und Politiker. Wir brauchen keine Wohnungen für reiche zuziehende Menschen wer das sagt sind nicht wir Menschen, sondern die Politiker, die Stadt selbst.

Für den Braunkohleabbau dürfen keine weiteren Dörfer abgebaggert werden, der Hambacher Forst darf nicht weiter zerstört werden.

Auch die Bebauung von alten Friedhöfen bedeutet Vernichtung von Natur und Umwelt, das muss jedem klar sein und wer das Befürworten sollte, braucht dieBasis nicht wählen, weil dieser Mensch nicht unsere Zielgruppe ist. Wir wollen gelebte Demokratie, gelebten Umweltschutz, gelebten Naturschutz, gelebten Gesundheitsschutz usw.

Lebensmittel sollen nicht mehr in Plastik verpackt werden, sondern so verpackt werden das es Umweltfreundlich ist. Einwegflaschen müssen abgeschafft werden.

Die Preise für Pfand müssen einheitlich auf 50 Cent erhöht werden.

Der Flugverkehr ist auf ein ökologisch vertretbares Maß zu reduzieren.

Es muss die komplette Landesfläche unter Naturschutz gestellt werden.

Als Priorität sehen wir beim Landschaftsschutz die Rettung und Wiederherstellung der Lebensräume heimischer Tier- und Pflanzenarten.

Gülleverbot bzw. die Reduzierung wie es die Tierschutzpartei fordert ist nicht hinnehmbar, denn Gülle ist, wenn es richtig angewendet wird ein hervorragendes Düngemittel. Das Problem liegt eher an der richtigen Anwendung, denn Gülle muss sehr lange lagern, so das es seine giftigen Inhaltsstoffe verliert. Man merkt am Gestank, dass es nicht lange genug gelagert wurde. Richtig gelagerte Gülle hat keinen Geruch mehr. Leider haben sehr viele Bauern nicht die nötigen Lagertanks und auch nicht die nötige Zeit, um die Gülle reifen zu lassen.

Vorrangiges Ziel ist es auch sowohl Schadstoff- als auch Lärmemissionen auf ein Minimum zu reduzieren.

Es kann durch Bewuchs an Häusern sowie dem Ausbau von städtischen Parks Hitze und Kälte abgemildert werden, was zu großen Einsparungen beim Energieverbrauch führt.

Wir wollen mehr Biotope errichten.

Auch müssen mehr Bäume in der Stadt gepflanzt werden, hier wird leider zuviel abgeholzt um Wohnungen bauen zu können. Hier muss Natur weichen für Provitgierige Immobilienhaie und das lehnen wir strikt ab.

Arkenberge

In Arkenberge muss die Landschaft mit Ihren Seen erhalten bleiben und darf nicht als Erholungsgebiet für Reiche umgebaut werden!

Landwirtschaft

Lebensmittel müssen wieder aus unserer Region kommen, um Transportwege und Kosten zu sparen. Die Bauern müssen Ihre Produkte wieder vor Ort verkaufen dürfen wie Milch in eigenen Flaschen oder in den guten alten Milchkannen. Die Molkereien müssen sich an die Preise der Bauern halten und nicht umgekehrt. Sollten Bauern trotzdem um das Überleben kämpfen müssen, steht Ihnen Unterstützungs- und Fördergeld zu. Es darf mit den Landwirtschaftsböden keine Spekulationen betrieben werden. Auch Schlachten muss wieder vor Ort erlaubt werden. Es muss auf Antibiotika in Tiernahrung verboten werden. EU-Agrarpolitik muss, wie die EU selbst abgeschafft werden. Sie schadet nur der regionalen Landwirtschaft. Höhere Erzeugerpreise wie es die Linke fordert, um Fördergelder einzusparen lehnen wir ab, da es auf Kosten der Endverbraucher geht. Die Lebensmittel müssen, wie die Mieten auch für jeden bezahlbar bleiben. Es muss ein Mittelweg gefunden werden der Bauern und Bürger befriedigt und nicht das Land oder die Stadt.

Die Bauern dürfen Ihr Produkte wieder selbst verkaufen zu Preisen, die das Überleben der Bauern garantiert. So wird die Wettbewerbsfähigkeit der Bauern garantiert und verhindert die Industrialisierung und Vernichtung der Kleinbauern.

Die tierlose Landwirtschaft begünstigt in hohem Maße eine natürliche und gesundheitsfördernde Landwirtschaft.

Glyphosat und Neonikotinoide müssen verboten werden. Wir wollen Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.

Mittel- bis langfristig wollen wir eine zu 100 % ökologische Landwirtschaft erreichen.

Wir wollen Anbausysteme fördern, die Klima, Böden, Tiere und Pflanzen besonders berücksichtigen (z.B. Paludikulturen, Terra Preta, Agroforstsysteme, tiefwurzelnde Nutzpflanzen, Feng Shui).

Der BUND muss abgeschafft werden oder in völlig neue Hände gegeben werden, da dieser nicht Neutral ist, sondern jeden, der anders denkt und eine andere Meinung hat raus, geekelt wird. Dieser ist es daher nicht würdig sich Naturschutzbund zu nennen, da er Staatstreu ist und nicht wie es sein sollte Menschentreu (Bürgertreu).

Die Linke setzt in Ihrem Wahlprogramm auf ein Ziel, das längst ausgelaufen ist und gibt damit zu das die jetzige Regierung nicht in der Lage ist die gesetzten Ziele zu erreichen. Das Ziel von 2% Wildnis das 2020 erreicht werden sollte wurde also verfehlt. Das ist nicht hinnehmbar.

Böden und Wasser nachhaltig nutzen und schützen. Bodenschutz ist kein Klimaschutz wie es die Linke formuliert, sondern Naturschutz. Die Privatisierung von Wasserversorgung und des Zugangs zu See- und Meeresflächen lehnen wir ab.

Eine naturnahe und zukunftsfähige Umgestaltung der Landwirtschaft nach biodynamischen, ökologisch und wirtschaftlich tragbaren Kreislaufmodellen unter Aspekten der Permakultur und regenerativen Nachhaltigkeit. Förderung urbaner Gemeinschaftsgartenprojekte. Abschaffung von Massentierhaltung, Monokulturen und Patenten auf alle Lebensformen.

Eine Wirtschaft, die dem Menschen dient, nicht umgekehrt. Wirtschaft darf weder die Menschen noch die natürlichen Lebensgrundlagen ausbeuten oder zerstören. Wir setzen uns dafür ein, das sozialverträgliche und ökologische Standards in allen wirtschaftlichen Bereichen umgesetzt werden.

Bauernland gehört nicht in Investorenhand.

Die Linke möchte landwirtschaftliche Flächen an Landwirte verkaufen, soweit so gut aber zu Preisen, die dem Ertragswert entspricht! Dies geht gar nicht, denn wenn nach Ertragswert verkauft wird, macht der Landwirt kein Gewinn, da er ja diesen Ertrag an den Verkäufer bezahlen muss.

Wir lehnen strikt Genmanipulierte Nahrung ab. Deshalb setzen wir uns kompromisslos dafür ein, dass Gen-Pflanzen in Lebensmitteln, Tierfutter oder Saatgut nicht eingesetzt werden dürfen.

Böden und Grundwasserressourcen müssen geschützt werden, ebenso bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Die Düngeverordnung muss dringend nachgebessert und ihre Einhaltung überwacht werden.

Schädliche Förderungen und Subventionen müssen festgestellt und korrigiert werden.

Energie

Wir wollen keine Energieverarmung!

Die Laufzeit der Kernkraftwerke muss verlängert werden, solange bis die Energiezufuhr gesichert ist.

Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und basisdemokratisch kontrolliert werden wie Strom, Wasser, Gas, Öffentlicher Nahverkehr.

Die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung muss ein Ende haben.

Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und der Profitgewinnung entzogen werden.

Die Herkunft der Stromversorgung muss durch die Menschen durch den Schwarm entschieden werden und nicht von den Politikern.

Es muss ein Mix aus alternativen Energiequellen und erneuerbaren Energien entstehen und es sind auch andere noch nicht erwähnte Energiequellen mit einzubeziehen, die aber der Industrie Konkurrenz machen und deshalb, tod geschwiegen werden. Jede aussichtsreiche Energiequelle wird gefördert mit gleichen Chancen auf den Markt zu kommen. Lobbyisten sind nicht mehr als Berater zugelassen.

Die Stromversorgung, Wasserversorgung sowie Gas- und Wärmeversorgung, muss in öffentliche Hand mit Entscheidungsrecht der Menschen uns Bürgern.

Die EEG Umlage, muss abgeschafft werden.

Um die Energiewende voranzubringen, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hauseigentümer, Mietervereinigungen, Betriebe und Kommunen sowie Mieter und Privatleute verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen.

Die Menschen sollen Selbstversorger werden, es dürfen keine Profite mehr gemacht werden mit Energie.

Die Konzerne dürfen keine Zwangsgrundgebühr mehr erheben, wenn der Bürger seinen eigenen Strom oder Wasserwerk oder Heizwerk betreibt.

Das Exportverbot von Atomenergie und Ausstieg im Grundgesetz zu verankern, wie es die Tierschutzpartei und die Linke fordern geht gar nicht, denn wenn Deutschland kein Atomstrom mehr ins Ausland liefert, darf man auch kein Atomstrom mehr aus dem Ausland geliefert bekommen. Es geht nicht, dass man den Atomstrom verbietet aber selbst von Frankreich Atomstrom geliefert bekommt.

Die Atomkraftwerke sollten stattdessen als Notreserve fungieren, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien nicht ausreicht.

Wir wollen Fracking ohne Ausnahmen verbieten.

Wir wollen die Energiepreise für Endkunden senken dazu gehören auch die Benzinpreise.

Dazu sollen die Energiesteuern abgeschafft werden (z.B. Benzinsteuern usw…).

Eine Öko- Abwrackprämie wie es die Linke fordert geht gar nicht, denn die Neugeräte verbrauchen wesentlich mehr Energie bei der Herstellung als die Altgeräte in Ihrer restlichen Lebenszeit. Deshalb müssen Altgeräte weiter betrieben werden, bis Sie defekt sind dann muss die Öko- Abwrackprämie bezahlt werden von mind. 250 Euro.

Zudem müssen die Hersteller der Geräte gezwungen werden hochwertige Materialien zu verbauen, damit die Geräte eine lange Lebensdauer aufweisen und somit schon die Umwelt und Natur schonen.

Die Wasserstoffherstellung muss gefördert werden, nicht nur für die Autoindustrie nein auch für Heizungsanlagen ist Wasserstoff sehr gut geeignet.

Das Pariser Abkommen muss sofort beendet werden, denn es dient ausschließlich zur Geldvermehrung der Politiker.

Darüber hinaus sind wir der Meinung, erstmal ein Konzept, ausarbeiten zu müssen, wie in Deutschland der Energiebedarf überhaupt sicher gestellt werden kann, bevor man auf Atom, Kohlekraft usw. verzichtet.

Das was die Regierung bisher nämlich macht, ist viel zu voreilig, weil sich keiner richtig um ein funktionsfähiges Konzept bemüht hat. Hier soll nur die Industrie bedient werden und nicht der Mensch.

Auch ist es nicht der Fall wie es die Tierschutzpartei behauptet, dass Kohlekraftwerke, wenn Sie an das Fernwärmenetz angeschlossen werden, einen höheren Wirkungsgrad bekommen. Das Gegenteil ist der Fall! Denn das Fernwärmenetz verliert massenhaft Energie auf dem Transportweg, es muss also das Wasser aufgewärmt werden und ggf. auch der Wasserdruck wieder erhöht werden, was alles Energie kostet.

Die beste Lösung ist es wie gehabt die Energie vor Ort also in den Haushalten zu erzeugen, nur gerade das will man jetzt verhindern, um die Industrie zu bereichern und sich selbst. Denn die Netze sollen ja schließlich alle an die Stadt gehen!

Verkehr, Infrastruktur

Fahrradwege und die ÖPNV müssen ausgebaut werden, sowie die ÖPNV für alle Menschen nutzbar gemacht werden, also über die Bezirke bezahlt werden damit die Menschen umsonst fahren können. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes ist notwendig da der öffentliche Nahverkehr ausgeweitet werden muss. Das U-Bahnnetz, muss ebenfalls ausgebaut werden. Dies geht aber nur langfristig.

Berlin hat Schulden, deshalb muss die Stadt Berlin sparen, aber dies darf nicht auf Kosten der Bürger geschehen so wie es die Linke fordert, sondern muss durch Einsparung von nicht nötigte Maßnahmen geschehen.

Investitionen müssen sinnvoll in die Infrastruktur der Stadt Berlin getätigt werden und nicht in den Wohnungsbau. Erst wenn die Infrastruktur stimmt, kann man über Wohnungsbau nachdenken und nicht umgekehrt! Diese Investitionen müssen aber langfristig geplant werden und nicht wie CDU und SPD es wollen, das wen Geld übrig ist investiert wird.

Kiezblocks und Spielstraßen, müssen ausgebaut und verschönert werden.

Einen ÖPNV in der öffentlichen Hand mit genossenschaftlicher Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Der zunehmende Radverkehr ist zu unterstützen bei Gleichbehandlung anderer Verkehrsträger.

Bei der Planung von Verkehrsprojekten wollen wir Bürger und Bürgerinnen von Anfang an voll einbeziehen und wirkliche Alternativen zur Diskussion stellen.

Die Fußwege in Pankow müssen erneuert und ausgebaut werden, hier sind uns zu viele Stolperfallen aufgefallen!

Durchgangsstraßen müssen zu Spielstraßen umgebaut werden und dürfen nicht mehr als Durchgangsstaßen benutzt werden!

Zudem fordern wir mehr Sitzgelegenheiten für ältere Bürger.

Fahrradwege müssen ausgebaut werden.

Die E-Roller die hier die Gehwege blockieren müssen verboten werden, denn Sie sind Umweltschädigend.

Einen Querbeauftragten einzustellen wie die Grünen es vorhat geht gar nicht, denn quere Bürger vor Diskriminierung schützen wollen, aber gleichzeitig gegen angebliche Querdenker mit Gewalt vorgehen das ist untragbar!

Die Grünen sind natürlich nicht wählbar!

Digitalisierung

Die profitorientierten Mobilfunkbetreiber haben kein Interesse an einem flächendeckenden Netzausbau. Zahlreiche Menschen leben immer noch in Regionen mit schlechtem Internet. Der Netzausbau muss am Ziel zuverlässiger Versorgung und am Gemeinwohl orientiert erfolgen. Dazu müssen die Breitband- und Mobilfunknetze in öffentliche Hand.

Alle Wohnungen sollen Breitbandanschluss erhalten.

Wir wollen ein einheitliches Mobilfunknetz aus einer Hand, das eine Abdeckung der gesamten Fläche sichert. Ein einziges Netz ist kostengünstiger als parallele Netze und mindert die Strahlenbelastung.

Netzneutralität muss grundgesetzlich gesichert werden.

Das 5G – Netz muss verboten werden, denn es kann für Kontrollzwecke des Menschen benutzt werden, und ist sehr Gesundheitsschädigend, da dieses Netz wesentlich engmaschiger ausgebaut werden müsste, um effizient Senden- und Empfangen von Daten zu können. Somit ist auch die Strahlung wesentlich Intensiver und Krebsschädigend.

Datensicherheit und Datenschutz

Der Datenschutz des Einzelnen ist grundgesetzlich über die Ermittlungssicherheit zu stellen.

Digitale Stromzähler und Gaszähler dürfen nicht durch Zwang an Menschen installiert werden.

Wir fordern keine digitalen Karten in allen Einrichtungen wie z.B. Digitaler Personalausweiß, digitale Krankenkassenkarte usw.

Datenschutz heißt, Daten von Menschen zu schützen, es muss also verboten werden, Personen zu zwingen Ihren Personalausweiß an Institutionen wie DB, Polizei usw. vorzeigen zu müssen, ohne dass diese selbst Ihren Personalausweiß vorzeigen müssen. Deshalb gleiches Recht für alle, wenn Personen gezwungen werden Personalausweiß vorzuzeigen, muss auch sein Gegenüber dies tun. Er kann sich dann nicht mehr darauf beruhen auf Datenschutz. Damit soll Amtsmissbrauch schneller verfolgt und bestraft werden können.

Die Datenschutzrichtlinien im Internet wie Zustimmung von Cookies muss abgeschafft werden, weil diese nur dem Zweck dient, Geschäfte mit den Menschen zu machen und man die Aktivitäten der Menschen nachverfolgen kann.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss beendet werden. Automatisierte Gesichtserkennung wollen wir verbieten.

Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung (Staatstrojaner) müssen verboten werden. Wir wollen das Recht auf Privatsphäre, sichere Kommunikation und Verschlüsselung gesetzlich verankern. Spyware aller Art muss verboten werden.

Die Vorratsdatenspeicherung von IP-Verbindungen, Mobilfunkverbindungen und -standorten muss verboten werden. Eine Ausweispflicht für E-Mail-, Messengerdienste und Ähnliches lehnen wir ab.

Den Export von Überwachungstechnologie wollen wir verbieten. Den Einsatz autonomer Waffensysteme und bewaffneter Drohnen wollen wir verhindern.

Digitale Gewalt im Netz muss juristisch anerkannt und verfolgt werden.

Die Impressumspflicht für nichtkommerzielle Webseiten wollen wir abschaffen, um die Privatsphäre von Webseitebetreiber zu sichern.

Entscheidungen über Sozialleistungsansprüche, Kreditwürdigkeit oder Prognosen über Straffälligkeit dürfen nicht automatisiert getroffen werden. Sie müssen stets von Menschen verantwortet werden.

Personen und Strukturen, die Missstände und Verbrechen in der Wirtschaft und demokratischen Institutionen öffentlich machen, sind für eine Basisdemokratie lebensnotwendig. Diese Personen müssen geschützt werden.

Digitale Zahlungen ermöglichen die Erstellung von persönlichen Profilen und Rückschlüsse auf sensible persönliche Informationen. Digitales Bezahlen muss anonym möglich sein.

Digitale Zahlungsysteme wie Paypal usw. müssen, Entmachtet werden, Sie dürfen nicht über die Ein- und Auszahlungen der eingehenden oder ausgehenden Zahlungen der Menschen entscheiden, wie z.B. Gelder sperren, die für kleine Unternehmen die Existenz kosten können, da diese meist zum Wareneinkauf benötigt wird. Ein Kleinunternehmer kann sich nicht alle Ware auf Lager legen, sondern muss nach und nach Ware besorgen und dies geht nur mit dem Geld, das er in Umlauf hat, also z.B. auch auf Konten von Paypal.

Finanzen & Wirtschaft

Eine Vereinfachung des Steuersystems und Erhöhung des Mitbestimmungsrechts bei der Verwendung steuerlicher Gelder.

Die Steuern betragen auf alle Vermögen 33 % für alle Menschen.

Dafür werden keine weiteren Steuern erhoben. Die Mehrwertsteuer entfällt wie alle anderen Steuerarten auch. Dies soll eine erhebliche Vereinfachung der Verteilung aus einem Topf an die notwendigen Stellen erleichtern, um auch Steuerverschwendungen zu reduzieren da nur noch die Mittel herausgegeben werden die notwendig sind.

Eine Steuer- und Wirtschaftspolitik des Landes Berlin, die Bedürfnisse der lokalen kleinen und mittleren Unternehmen und Selbständigen in besonderer Weise berücksichtigt. **Wirtschaftliche Freiheit soll verstärkt für diese Unternehmen gewährt werden**, um das Potenzial der in Berlin ansässigen Bürger zur Eigeninitiative und zur Versorgung aus eigener Kraft zu fördern.

Stufenweise, zu erweiternde Mitsprache der Bürger über die Verwendung der Steuermittel, beginnend mit pilothaften Bürgerhaushalten zu Bezirksmitteln.

Rückführung der Landes-Subventionen auf die nötigsten Zuschüsse für in Berlin ansässige Kleinunternehmen. Keine Fördermittel für Großunternehmen.

Die Schuldenbremse muss erhalten bleiben und nicht wie die Linke fordert das Sie abgeschafft werden soll. Dies kommt einer Insolvenz des Staates gleich. Der Staat also die Verwaltung muss lernen wie jeder andere Mensch auch zu Haushalten.

Die Erhaltung des Bargeldes, da es als Tauschmittel Unabhängigkeit, Privatsphäre und Freiheit von Verbrauchern sichert. Das Bargeld muss erhalten bleiben. Daher wollen wir das Recht auf Bargeldzahlung gesetzlich verankern.

Ein Minimalprinzip in der Wirtschaftspolitik: Eingriffe des Staates in wirtschaftliche Belange von Bürgern und Unternehmen sollen auf das Notwendige beschränkt werden. Eingriffe müssen dem Gemeinwohl dienen, nicht dem Vorteil Einzelner oder von großen Unternehmen.

Eine Wirtschaft, die dem Menschen dient, nicht umgekehrt. Wirtschaft darf weder die Menschen noch die natürlichen Lebensgrundlagen ausbeuten oder zerstören. Wir setzen uns dafür ein, das sozialverträgliche und ökologische Standards in allen wirtschaftlichen Bereichen umgesetzt werden.

Es darf kein Anstieg von Subventionen geben!

Schluss mit den Coronageschäften. Es darf nicht auf Kosten der Bürger mit Coronageschäften wie Masken, Impfstoffe sowie Testprodukte spekuliert werden.

Die Linke fordert zu Steuergelderverschwendung auf und das ist nicht hinnehmbar, denn Sie möchte ein Steinkohlekraftwerk das gerade erst 2020 gebaut wurde sofort vom Netz nehmen, anstatt es wenigstens so lange in Betrieb zu halten bis es Wirtschaftlich betrieben wurde.

Inkassoabzocke muss durch klare, gesetzlich gedeckelte Gebühren und durch eine Erhöhung der Mahnanforderungen an Unternehmen gestoppt werden. Mehr als 15 Euro Inkassokosten bzw. 5 Euro bei Forderungen bis 50 Euro sind unseriös.

Wir wollen die Macht der Schufa und anderer Wirtschaftsauskunftsdateien auf den Lebensalltag der Menschen **stark eindämmen**. Eine Schufa-Anfrage darf nur noch bei tatsächlichen Kreditgeschäften erlaubt sein, nicht mehr für Verbraucherverträge des täglichen Bedarfs wie Miete, Strom- und Handyrechnungen. Ein negativer Schufa-Score muss nach einem Jahr wieder gelöscht werden. Darüber hinaus sollen in Zukunft Bonitätsauskünfte nicht mehr durch ein privates Unternehmen, sondern nur noch durch die öffentliche Hand erlaubt sein.

Kostenfallen durch 2-jährige Vertragslaufzeiten zum Beispiel bei Fitness- und Handyverträgen und automatische Vertragsverlängerung wollen wir abschaffen.

GEZ muss abgeschafft werden.

Einen digitalen Euro lehnen wir ab. Dies bedeutet nämlich gleichzeitig die Abschaffung des Bargeldes.

Wir fordern die Abschaffung der Kirchensteuer.

Einwanderungspolitik

Wir wollen keine weitere Flüchtlingskrise und Zuwanderung!

Eine faire und menschengerechte Einwanderungspolitik, in der Respekt und Toleranz, Lernbereitschaft und Inanspruchnahme von Leistungen der Solidargemeinschaft nur in einer echten Notlage selbstverständliche Erwartungen sind, die jeder Mensch an seine Mitmenschen hat, Einheimische wie Zugezogene.

Die behördliche Speicherung personenbezogener Daten muss auch für Geflüchtete der Verhältnismäßigkeit und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung entsprechen. Das Ausländerzentralregister ist zum Instrument der Totalerfassung geworden, das Zugriff auf nahezu sämtliche persönliche Daten zahlreicher Behörden erlaubt. Mobiltelefone Schutzsuchender werden für Asylentscheidungen systematisch ausgelesen und analysiert. Das schafft gefährliche Präzedenzfälle und bedroht die Grundrechte aller Menschen.

Eine faire Einwanderungspolitik und ein klares Bekenntnis zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung sind die besten Mittel der Fluchtursachen-Bekämpfung. Die Integration und Bildung von Migranten, ist dauerhaft zu begleiten und zu stärken. Insbesondere die Vermittlung von Sprachwissen ist als Grundlage zu verankern.

dieBasis spricht sich für die Einführung einer so genannten Greencard ähnlich den Einwanderungsvoraussetzungen in Kanada, Australien und USA aus.

Die Integration und Bildung von Migranten, ist dauerhaft zu begleiten und zu stärken. Insbesondere die Vermittlung von Sprachwissen ist als Grundlage zu verankern. Dazu fördert dieBasis ein Patenprogramm zur Begleitung, Unterstützung, sowie zur kulturellen und sprachlichen Förderung von Asylsuchenden und Migranten.

dieBasis will die Eigenverantwortung von Asylsuchenden und Migranten sowie die gegenseitige Akzeptanz und Wertschätzung fördern. Wir sind für Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe, auch für Menschen, die in ihr Heimatland zurückkehren möchten.

Asylsuchende dürfen nur vorübergehend in Sammelunterkünften untergebracht werden. Dezentrale Unterkünfte in Städten und Gemeinden sind zu bevorzugen, damit Integration stattfinden kann.

Wir wollen Ausbildungsmöglichkeiten und bezahlte Beschäftigung entsprechend der individuellen Qualifikation bereits während des Asylverfahrens anbieten.

Die Arbeitswelt spielt eine entscheidende Rolle bei der Integration. Firmen, die sich im besonderen Maße um das respektvolle und friedliche Miteinander bemühen, sollen gefördert werden.

Gut integrierte Menschen dürfen zukünftig nicht mehr ausgewiesen werden. **Ausländer, die wegen Kapitalverbrechen, Mord, Terrorissmus und Sexualverbrechen verurteilt werden, sollen dauerhaft ausgewiesen werden.**

Einsprüche gegen Abschiebungen sollen durch Härtefallkommissionen entschieden werden, die per Losverfahren aus BürgerInnen unterschiedlicher Gruppen (auch MigrantInnen) zusammengesetzt sind.

Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab

„Sei Du selbst die Veränderung, die Du Dir für die Welt wünschst."

Schlusswort

Respekt das du es so weit gepackt hast und es liegt jetzt viel Arbeit vor uns diese Punkte gemeinsam abzuarbeiten und in die Tat umzusetzen.

Es ist ein Anfang in die richtige Richtung nämlich in die Basisdemokratie die wir alle gemeinsam anstreben und verwirklichen wollen.

Nur so können wir uns eine bessere, friedvollere und lebenswerte Welt erschaffen, die wir uns wünschen und ersehenen.

Doch bis dies alles geschafft ist, gehen noch Jahre ins Land und ob wir das alle noch erleben, mag ich bezweifeln, aber wir haben für unsere Kinder eine neue, eine bessere Zukunft vor Augen in der es sich lohnt zu Leben.

Deshalb ist dieses Wahlprogramm ein guter Leitfaden, an den man sich orientieren kann, um unsere Vision Wirklichkeit werden lassen zu können.

Deshalb helft mit und wählt am 12 Februar 2023 dieBasis

herzlichst Euer

Johnny Weston